

Kontaktadresse:
Henning Jäger
Joachim-Becher-Str. 8
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 06 9/ 566 234

VORWORT

Inhalt
Was ist Rassismus?
Seiten 6 und 7
Lateinamerika Seite 9
Wohnen ist
Menschenrecht
Seiten 2 und 12

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 136 - Dezember 1991

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Ausländer und Deutsche

Nach jahrelanger Umverteilung von unten nach oben in der alten BRD und dem sozialen Kahlschlag in Ostdeutschland ist die Kohl-Regierung zunehmenden Druck ausgesetzt. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit kann Kohl nicht beseitigen. Da bleibt der CDU/FDP-Regierung nur noch ein Ablenkungsmanöver: „Flüchtlingswelle“ und „Asylmißbrauch“ sollen die Verantwortung für die Unfähigkeit des Kapitalismus übernehmen. Wo bleibt die Oppositionspolitik der SPD?

Gemeininsam gegen Rechts

10 Jahre lang haben die Unternehmer kräftig abgezehrt: Die Nettoerlöse stiegen von 1980 bis 1990 um 122%, während die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer nur um 47% stiegen. Die Kaufkraft ist für jeden Arbeitnehmer real sogar nur um 7% gewachsen! (Zahlen vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB)

Auch die Tarifrunder in diesem Jahr gingen für die Arbeiter und Angestellten mager aus. So wurden die 6% Lohn- und Gehaltsberhöhung, die die ÖTV für den öffentlichen Dienst ausgethandelt hatte, durch Preissteigerung und „Solidar“-Zuschlag wieder aufgefressen.

Aber im nächsten Jahr steht härteres an. Wirtschaftsminister Müllemann warnt einmütig mit dem Arbeitgeberpräsidenten vor mehr als 4% Erhöhung. Bei der zu erwartenden Preissteigerung sind 4% ein Tropfen, der schon vor dem Ausfall auf den heißen Stein verdunstet wird. Gleichzeitig soll durch die geplante Unternehmenssteuererleichterung in Höhe von 31 Milliarden Mark jährlich die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt werden.

Massiver Arbeitsplatzabbau im Bergbau ist der nächste Feldzug, den die CDU/FDP-Regierung gerade führt. 30.000 Arbeitsplätze sollen bis zum Jahr 2000 abgebaut sein. Auch in der Automobilindustrie gibt es weltweit Überkapazitäten. Daimler-Benz will wegen zu hoher Lohnkosten 3000 Arbeitsplätze abbauen, Bosch als Autzulieferer 3500-4000.

In der Stahlindustrie stecken die Unternehmer in den Jahren 1986-90 Rekordgewinne ein. In diesem Jahr gab es nur noch ausgeglichene Bilanzen oder Verluste. Auf wessen Rücken dies wohl ausgetragen wer-

den soll? Bestimmt nicht auf dem Rücken derer, die bisher die Gewinne eingesackt haben.

Um die wahren Zusammenhänge zu verschleiern, mußte ein Sündenbock gefunden werden. Siehe da, die CDU entdeckte im Sommer die „Ursachen“ der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit: „Flüchtlingswelle“ und „Asylmißbrauch“ wurden die Schlagwörter ihrer Kampagne - mit Erfolg. Um den gemeinsamen Kampf der Arbeitnehmer gegen die sozialen Probleme zu verhindern, brauchte Kohl die Spaltung: Deutsche gegen Ausländer.

Ausländer als Sündenbock

Dabei bekam er nicht nur von der BILD-Zeitung Unterstützung. Auch die SPD-Führung folgt mittlerweile dieser Logik. Am Grundgesetz soll zwar nichts geändert werden, aber eine möglichst rasche Abschreibung von „Schnasylantern“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ ist auch ihrer Meinung nach erstrebenswert. So ist die Diskriminierung durch Unterbringung in Sammelunterkünften und Auszahlung der Sozialhilfe in Naturralen, wie sie z.B. von

„So konnte es wirklich nicht weitergehen: Alle Welt redete nur noch von Inflation und Rezession, höheren Steuern ... Die Wähler wandten sich in Scharen der Opposition zu. Es mußte etwas geschehen. Und es geschah.“

Björn Engholm gefordert wird, anscheinend der richtige Umgang mit ihnen. Großkonzerne wie Daimler-Benz sind multinationale Konzerne, die vor keiner Grenze haltmachen. Ihre weltweite Politik der Ausbeutung führt zu Elend und Fluchtbewegungen in der „3. Welt“. Die Entwicklungshilfe ist reine Augenwischerei und indirekte Subvention: 90% davon fließen als Aufträge für die deutsche Wirtschaft zurück (nach Bundesbankbericht Okt. 90). Entlassungen und Arbeitslosigkeit sind kein deutsches Phänomen, an dem ein „Fremdkörper“ in der deutschen Wirtschaft schuld ist. Es sind vielmehr die Folgen von Schwierigkeiten und Krisen, die in dem weltweiten kapitalistischen System auftreten. Komisch, daß daran Ausländer schuld sein sollen.

Marktwirtschaft versagt

Der Stand der Wissenschaft und Technik würde es heute ermöglichen, die grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen nach Nahrung, Wohnung und vieles mehr zu sichern. Nur die Unfähigkeit der Marktwirtschaft führt dazu, daß Getreide ins Meer gekippt, Milch vernichtet und ein „Butterberg“ zum Problem wird.

Wenn weniger Menschen mehr produzieren, weil Maschinen Arbeit sparen - umso besser. Nicht ausländische Arbeiter und Angestellte, sondern Kapitalisten hindern uns daran, dies in eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung umzusetzen und so Entlassungen zu verhindern.

Unternehmer unternehmen nur dann etwas, wenn ihr Profit dabei möglichst groß wird. Der wirkliche Bedarf an Gütern spielt keine Rolle. Liegt sich nicht mehr so viel verkaufen, weil die Löhne, die Wohnungen oder andere Güter brauchen, kein Geld haben, so werden auch eben weniger Waren produziert oder eben weniger Wohnungen gebaut.

Gleichzeitig läßt sich mit dem Margel gut Geld verdienen. Beispiel Wohnungsnost: Die Mieten gehen in die Höhe, die Spekulation mit Wohnungen und Boden lohnt sich. Makler, Spekulanten und Wohnungsbesitzer verdienen sich dünn und dänlich.

Mit Ausländern oder Asylbewerbern hat dies bisher wenig zu tun - außer daß sie genauso wie die deutsche Bevölkerung darunter zu leiden haben.



ein neues Thema ins Rampenlicht der Öffentlichkeit: die Asylanfrage.“

So schrieb das Unternehmensmagazin „Wirtschaftswoche“ Ende August 1991.

Konkurrenz unter den Opfern nützt denen, die daran verdienen.

Die Ablenkung auf Sündenböcke wie Ausländer und Asylbewerber löst aber kein einziges Problem und kann deshalb nicht ewig andauern. Bereits bei den nächsten Tarifkämpfen wird sich zeigen, wer auf wessen Seite steht.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, gemeinsame Kämpfe der deutschen und ausländischen Lohn- und Gehaltsabhängigen gegen die Angriffe der Unternehmer und ihrer Regierung zu organisieren. Eine Bündelung der Kräfte und ein gemeinsames Vorgehen in Stahl- und Autoindustrie sowie im Bergbau machen es möglich, die Angriffe abzuwehren und die Kohl-Regierung zu stützen.

Kämpfe mit uns dafür, daß Gewerkschaften und SPD wieder zu Instrumenten im Kampf für Wohnungen und Arbeitsplätze werden.

Stefan Kimmmerle, Stuttgart
Jungsozialist

Unser Standpunkt:

SPD und GDU - kein Unterschied mehr?

Die SPD versucht sich als die bessere CDU in Sachen Asyl darzustellen. Der auf Bundesebene von SPD und Kohl-Regierung verheißene „Asylkompromiss“ mit der Bundesregierung, der die Einrichtung von Sammellagern und beschleunigte Abschiebung vorsieht; die Durchführung diskriminierender Maßnahmen gegen Asylbewerber in SPD-regierten Bundesländern - all das ist Wasser auf den Mühlen der Rechten.

Glauben die SPD-Führer etwa, daß man sich an die vermutete „herrschende Meinung“ anpassen müsse, um Wahlen zu gewinnen? Allein die Ergebnisse der Bremer Bürgerschaftswahlen sollten eigentlich eine ausreichende Warnung vor solchem Opportunismus sein. Der SPD-Senat machte dort das „Asylproblem“ zum Thema und fiel nicht nur selbst auf die Nase, sondern wurde auch mitverantwortlich für den Wahlerfolg der faschistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU).

Die Politik der Bundesregierung und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit haben zu finanziellen Schwierigkeiten in den Kommunen geführt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Unterbringung der Flüchtlinge als Problem. Anstatt nun aber die Bundesratsmehrheit der SPD zu nutzen und gegen die Kohl-Regierung zu mobilisieren, geht die SPD-Führung den schreibbar einfacheren, „pragmatischen“ Weg und führt diskriminierende Maßnahmen gegen Asylbewerber durch, wie zum Beispiel die Umstellung der Sozialhilfeauszahlung auf Naturalien.

Im Grunde liegt diese Vorgehen in der Logik der bisherigen falschen Politik von SPD- und auch Gewerkschaftsführung. So wurde Kohls Kurs der Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage trotz aller Warnungen vor den sozialen Folgen mitgetragen. SPD- und Gewerkschaftsführung haben hingenommen, daß Kohl das neue, größere Deutschland im Unternehmeninteresse und auf Kosten der Arbeitnehmer in Ost und West gestaltet. Die Protestbewegung, die sich im Frühjahr 1991 in Ostdeutschland entwickelte, wurde nicht offensiv aufgegriffen, sondern ins Leere lautend gelassen. Wer bewußt den Kapitalismus akzeptiert und keine Alternative anbietet, trägt auch die Mitverantwortung für die Folgen (Kahlschlag in der ostdeutschen Industrie, Steuererhöhungen für die Arbeitnehmer).

Allerdings bekommen die SPD-Politiker und die führenden Gewerkschaftsfunktionäre die negativen Begleiterscheinungen der angeblich „sozialen Marktwirtschaft“ selbst nicht zu spüren. Material haben sie ausgesorgt und können sich deshalb kaum vorstellen, was Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau am eigenen Leib bedeuten. Darum spüren sie auch nicht so sehr die Notwendigkeit, konsequent für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten und verstecken sich hinter den kapitalistischen Sachzwängen, das heißt hinter den Interessen der Unternehmer. Heraus kommt eine „Realpolitik“, die mit den realen Interessen der Masse der Bevölkerung nichts zu tun hat.

Für eine solche Politik wurden SPD und Gewerkschaften nicht von den Arbeitern aufgebaut. Aber trotz ihrer abgehobenen Führung sind sie immer noch die Organisationen der Lohnabhängigen in Deutschland. Wenn Arbeitnehmer von der SPD enttäuscht sind, dann gerade weil sie von ihr eigentlich eine andere Politik als von der CDU erwarten. Eine aktive Basis und Druck aus der Arbeiterschaft können zu positiven politischen Veränderungen in der SPD führen. So kam es zum Beispiel unter dem Druck der Parteibasis nach dem Ende der SPD/FDP-Regierung 1982 zu einer begrenzten Linkswende. Dies wurde unter anderem 1986 in den Beschlüssen des Nürnbergers Parteitags für den Ausstieg aus der Atomkraft und gegen die Stationierung neuer Atomreaktoren deutlich.

Aber seitdem gab es in der Politik der SPD-Führung wieder eine Rechtsentwicklung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat kürzlich Hans-Ulrich Klose zum neuen Fraktionsführer gewählt. Er hat sich knapp gegen seine beiden Mitbewerber Herta Däubler-Gmelin und Rudolf Dressler durchgesetzt. Auffallend ist, daß keiner der drei als linker Kandidat eingestuft werden konnte. Die Parteilinke hatte keinen Kandidaten aufgestellt bzw. keinen Kandidaten gezielt unterstützt. Sie ist schwach und kaum noch erkennbar. Oskar Lafontaine und teilweise Björn Engholm wurden noch vor Jahren von vielen in und außerhalb der SPD als „linke Hofnungsträger“ gesehen. Heute setzen sie den Ton für die rechte Politik der SPD-Führung.

Selbst die eher zahnlose Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb von zehn Jahren wird heute wieder in Frage gestellt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Schäfer und der energiegelandte Sprecher der Fraktion Jung kündigten im November einen entsprechenden Vorstoß an und meinten, wenn ein Kompromiß mit anderen Parteien gefunden würde, sei es nicht „so wichtig, ob das letzte Atomkraftwerk in 8, 10, 14 oder 18 Jahren stillgelegt wird.“

Aufgabe der Linken ist es, SPD und Gewerkschaften in echte Kampforganisationen zu verwandeln. Wenn die relative Ruhe der letzten Jahre zunehmend durch Kämpfe gegen die Angriffe von Kohl und Unternehmen abgelöst wird, wird sich das auch in SPD und Gewerkschaften widerspiegeln. Früher oder später werden die Arbeitnehmer den Kampf für die Rückeroberung ihrer Organisationen beginnen und die Führer werden unter Druck geraten, radikaler aufzutreten. Aber wie die Erfahrung mit den sogenannten Linken in SPD- und Gewerkschaftsführung zeigt, nutzen linke Sonntagsreden nichts. Die Arbeiterbewegung braucht ein klares sozialistisches Programm und eine neue, kämpferische Führung. Der Weg dahin führt über den Aufbau eines starken marxistischen Flügels in SPD und Gewerkschaften.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgiraamt Essen, BILZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Aktuelles

Töpfers Milkkonzepte Augenwischerei mit Abgaben

„Mit Müllhandel kann man mehr verdienen als mit Drogen- oder Waffengeschäften. Das Geld machen die Miltschäbber und die Treuhänder“ (aus einer Stellungnahme von Greenpeace). Die Umweltschutzorganisation Greenpeace schlägt, daß der heutige Müllhandel nach Ost-Deutschland sogar die Ausmaße zur Zeit der alten DDR übersteigt. Die Abkommen mit dem SED-Regime werden auch im vereinten kapitalistischen Deutschland aufrechterhalten. Dazu kommt der illegale Müllhandel, der durch den Wegfall der Grenze ermöglicht wurde. Eine Tonne Müll, deren Entsorgung im Westen für ca. 150 DM kostet, wird im Osten für ca. 15 DM „entsorgt“. Die Miltschäbber verdienen und die Umwelt verreckt, da selbst die geltenden mangelhaften Umweltbestimmungen umgangen werden.

Töpfers „Lösungen“

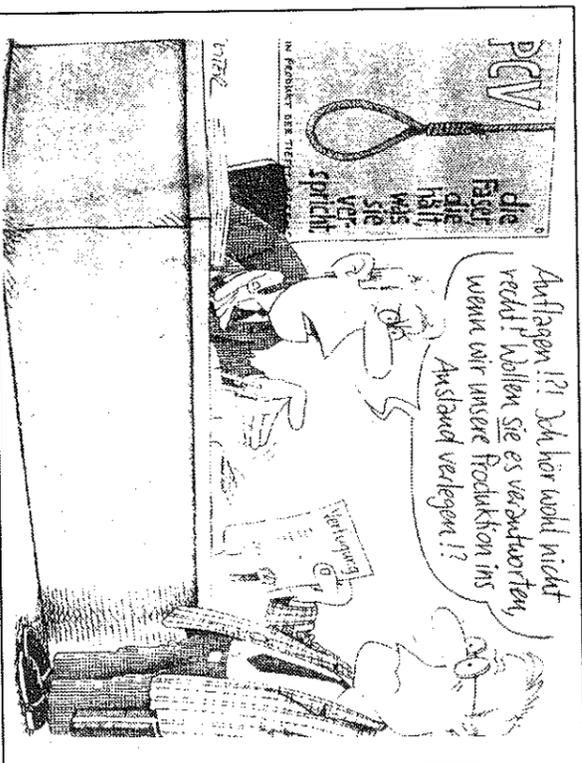
Das Müllproblem ist in vieler Munde. Deshalb muß auch das Umweltministerium des Herrn Topfer etwas unternehmen, um nicht unglaubwürdig zu erscheinen. Seine Lösung ist die Müllabgabe. In der Koalitionsvereinbarung der jetzigen Bundesregierung heißt sie noch Sondermüllabgabe, doch der „Pionier“ Topfer will noch weitergehen. Er will diese Abgabe auch auf den Hausmüll erheben, denn in ihm gibt es ja schließlich auch genügend Sondermüll.

Durch die neue Abgabe soll erreicht werden, daß weniger Müll anfällt, weil das dann ja Geld kosten würde. Doch ich möchte Herrn Töpfer zu bedenken geben, daß ich nicht aus Spaß beim ALDI einkaufe, sondern weil es dort billig ist. Und auch mit Müllabgabe werden umweltfreundliche Produkte nicht verbilligt.

Die Verordnung in Sachen Verpackungsmüll ging in die gleiche, falsche Richtung. Der Einzelhandel sollte dazu gezwungen werden, den Verpackungsmüll zurückzunehmen, was er dann auch tat. Der Effekt war, daß die Preise stiegen, weil der Einzelhandel die Verordnung natürlich nicht zahlen wollte. Die zweite geplante Umweltabgabe

ist die Kohlendioxid-Abgabe. Der Ausstoß dieses Klimagiftes soll finanziell bestraft werden. Diese Abgabe soll sich vor allem auf Kraftwerke, Autos und Heizanlagen beziehen. Was heißt das in der Praxis? Die Energieversorgungsunternehmen werden diese Abgabe auf die Stromkosten umlegen. Die Industrie wird die höheren Stromkosten auf die Produkte umlegen. Der Verbraucher wird höhere Preise zahlen müssen - nicht nur für den Strom. Das trifft vor allem die sozial Schwachen.

Die großen Umweltaueren werden dabei nur sehr geringfügig eingeschränkt. Töpfers Umweltpolitik ist ein verdeckter Sozialabbau, der sich auf das immer breiter werdende Umweltbewußtsein stützt.



Unsere Lösungen

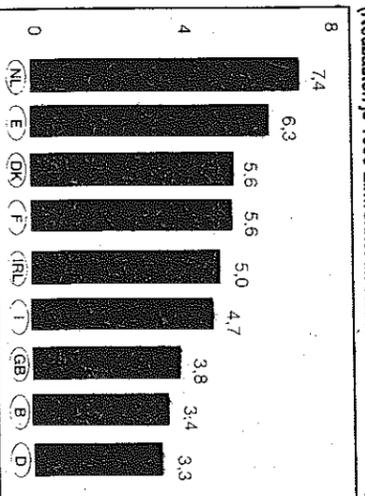
Umweltpolitik muß von der Produktion her angegangen werden. Unternehmen, die Müll produzieren, müssen zahlen. Es muß sichergestellt sein, daß sie diese Zahlungen nicht auf die Verbraucher abwälzen können. Dazu müssen die Verbraucher die Kontrolle über Produkte und Preisgestaltung bekommen, beispielsweise über die Einbeziehung

Mieterkampf gegen Mieterhöhung

Wir wohnen mit neun anderen Mietersparteien in einem nicht sanierten Altbau in der Kölner Innenstadt. Vor einem Jahr wurde das Haus vom Privateigentümer an eine Berliner Immobiliengesellschaft verkauft - uns schwante nichts Gutes! Dann kam es auch

tereinkommen kann sich eine solche Miete leisten? Nach diesem Warnsignal und der Information, daß es sich bei unseren Vermietern um einen in Köln bereits berühmten Häuserspekulanten handelt, der für die polizeilichen Wohnungsförderung zurückgeschreckt, um sich unliebsame Mieter vom Häuse zu schaffen, beschlossen wir mit drei anderen Nachbarn, alle Mieter zu einem Treffen zusammenzurufen. Noch hatten wir nicht die Mieterhöhung, aber wir fanden es sinnvoll, uns schon vor dem „Ernstfall“ zusammenzutun, um jedem klarzumachen, daß er/sie nicht alleine dasteht und daß wir bessere Chancen haben, wenn wir uns gemeinsam wehren. Einige traten dann gleich dem Deutschen Mieterbund bei, um sich wenigstens juristisch vertreten zu lassen, falls es zu einem Prozeß kommt.

knüppelpelck - eine Nachbarin zog aus, ihre 90m²-4-Zimmer-Wohnung (ehemalige Kaltrinte: 460 DM) wurde gleich für fast das Vierfache (1650 DM) neuvermietet. Ursprünglich hatte ich mir zu viert auf 75m² wohnen und es uns allmählich zu eng wird. Wir hätten sie auch kriegen können, aber welche vierköpfige Familie mit einem Arbeit-



In der Bundesrepublik Deutschland wurden Ende der 80er Jahre pro Kopf der Bevölkerung weniger Wohnungen gebaut als in allen anderen westeuropäischen Ländern. Selbst das Armenhaus stand rangieren vor der BRD.

Einige Monate später kamen dann auch die erwarteten Mieterhöhungsankündigungen an, die fünf Parteien betreffen, unter anderem uns. (Die anderen fünf Mietersparteien waren entweder in den letzten vier Jahren erst eingezogen oder hatten gleich einen befristeten Mietvertrag.) Wir trafen uns sofort wie-

ganz geschlossen werden müssen. Ein massives staatliches Programm für den Umweltschutz und die Beseitigung von Umweltschäden würde auch viele neue Arbeitsplätze schaffen. Bestes Umweltpolitik ist die völlige Abschaffung der profitorientierten Marktwirtschaft und die Ersetzung durch eine demokratische Planwirtschaft, in der allein die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung unter Berücksichtigung aller Folgen für Mensch und Natur die Produktion bestimmen.
Goran Hastentewfel, Stuttgart
Jungsozialist

SPD Baden-Württemberg zum Asylrecht Führungs im Konflikt mit der Basis

Die „Asylantenflur“-Kampagne von CDU und bürgerlichen Medien klappte in den letzten Monaten vor allem deshalb, weil die SPD-Spitze dem nichts entgegnete. In Baden-Württemberg fand der Vorstand im Oktober seine Sprache wieder. Landesweit wurde ein Flugblatt herausgebracht, das massiv verteilt werden sollte.

In diesem Flugblatt wird jedoch nicht erklärt, daß die CDU eine Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen sucht, um von der Spaltung zwischen oben und unten abzulenken. Kein Wort von den wahren Brandstiftern der Anschläge (Volker Rühle und die BILD-Zeitung); stattdessen wird weiter Öl ins Feuer geschüttet. Originalton des Flugblatts vom SPD-Landesverband: „Mit dem Konzept der SPD kann die Gesamtzahl der Zuwanderung um mehr als die Hälfte gesenkt werden.“ (Gemeint sind Sammellager und schnelle Verfahren.) Die CDU-Vorschläge erreichen dagegen nur eine Verringerung des Zuwanderungsprozents um 3 Prozent! Wer - wie die CDU - eine Scheinlösung durch Änderung des Art. 16 vorgaukelt und die Zuwanderung von Aussiedlern ungehemmt weiterbetreibt, der belügt die Menschheit“ (Überschrift: „Die CDU will den Aussiedlerstrom unbegrenzt aufrechterhalten.“) Und weiter (seit hervorgehoben): „Die SPD Baden-Württemberg will die Zuwanderung insgesamt drastisch einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungsnot nicht fertig werden.“

Protest von SPD-Basis und Jusos

Von den Ortsvereinen wurde das Flugblatt keineswegs kritisch aufgenommen. Mehrere Ortsvereine - auch Vorstandsmitglieder - weigerten sich, das Flugblatt zu verteilen. Weiter angeheizt wurde der Konflikt in der Partei durch die Rede eines Jusos, Ulf Haberbosch (der allerdings für den Stuttgarter Schülerrat sprach), auf der Kundgebung am 9. November. Vor 10.000 Demonstranten griff er das SPD-Flugblatt inhaltlich an und machte klar, daß er von der SPD etwas anderes verlangt als von der CDU. Am 5. April 1992 sind in Baden-

Württemberg Landtagswahlen. Mit der Massenauflege dieses Flugblattes macht die SPD-Führung das Schicksal von Ausländern und Flüchtlingen zum Wahlkampftema. Doch ihre Rechnung wird nicht aufgehen. Das beweisen die Ergebnisse der Bremer Bürgerschaftswahlen und der Kommunalwahlen in Niedersachsen. Für die Landtagswahlen kandidieren drei faschistische Parteien: NPD, Republikaner und Deutsche Liga (am 3. Oktober 1991 im Schwarzwald gegründet). Die Republikaner kamen bereits 1989 in den Stuttgarter Stadtrat. Die Stuttgarter Jusos werden sich dafür einsetzen, daß die Faschisten keine Gelegenheit bekommen, ihre reaktionäre Propaganda zu verbreiten. Noch wichtiger ist aber, daß die SPD im Wahlkampf ein Programm hat, mit dem die Entlassungen im Mittleren



Demonstration in Stuttgart am 9. November 1991.

Die Weisen aus dem Wunderland

Mitte November hat der Sachverständigenrat der fünf führenden Wirtschaftsinstitute der Bundesrepublik, die sogenannten „Fünf Weisen“, sein Jahresgutachten für 1992 vorgelegt. Das Jahresgutachten 1991 nannte er noch vollmundig „Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“, jetzt heißt es etwas vorsichtiger „Die wirtschaftliche Integration in Deutschland - Perspektiven, Wege, Risiken“.

Kein des Gutachtens ist aber weiterhin eine große Portion Zweckoptimismus. Es finden sich nebulöse Aussagen wie: „Schwer zu sagen, wie die Abschätzung der Investitionsdynamik zu bewerten ist.“ „Schwer zu prognostizieren, welche Verschärfungen zwischen offener und verdeckter Arbeitslosigkeit stattfinden.“ „Wie viele Staats-

betriebe noch schließen müssen, läßt sich nach wie vor nicht absehen.“ Trotzdem können die „unabhängigen“ Experten wundersamerweise vorhersagen, daß im nächsten Jahr die „Talschle“ in der ostdeutschen Wirtschaft durchschritten und Ende 1992 sogar zweistellige Wachstumsraten erzielt werden. Natürlich ist auf der Grundlage des 50-prozentigen Kahl-schlags in der ostdeutschen Industrie ein gewisses Wachstum möglich. Die „Fünf Weisen“ täuschen jedoch die wissenschaftliche Sicherheit bei ihrer Prognose nur vor.

Spätestens bei den im Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen zeigt sich, welchen Zwecken es eigentlich dient. Es empfiehlt, das Ziel der Gewerkschaften, die Ost-Löhne bis Mitte 1992 auf 70% des West-Niveaus zu

bringen, für zwei bis drei Jahre anzuschleichen. Weiterhin wird vorgeschlagen, in den einzelnen Betrieben je nach Produktivitätswirkung Zu- und Abschläge auf die Tariflöhne vorzunehmen. Diese Vorschläge dienen der Spaltung zwischen Arbeitnehmern in Ost und West zwischen Arbeitnehmern in produktiven und weniger produktiven Betrieben. Abgelenkt wird von der Umverteilung der letzten Jahre (siehe Seite 1) und von den gewaltigen Unternehmen- und Bankengewinnen im Zuge der Wiedervereinigung. So melden deutsche Banken Rekordgewinne im ersten Halbjahr 1991: die Deutsche Bank (größte dt. Bank) hat ein Betriebsergebnis von plus 23,4% = 3,2 Mrd. DM. 1991 wird das beste Gewinnjahr für die Deutsche Bank erwartet.

Die „Fünf Weisen“ verpacken Propaganda für die Unternehmer und Schutzgehilfe für die Kohl-Regierung geschickt als „unabhängiges Gutachten“. Sie tragen ihren Namen zu Unrecht - eher könnte man sie als die „Fünf Scheinheiligen“ bezeichnen. Ulf Petersen, Köln Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN:

- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollen Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Bleiberecht für alle Ausländer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren.
- Ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Verteidigungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versordung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter
- (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland mußte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

Geschichte einer Flucht

A. und N. (Namen sind der Redaktion bekannt), Asylbewerber aus dem Irak, berichten.

„Wir sind nicht hier, weil wir den Irak verlassen wollten. Im Irak des Saddam Hussein werden alle Andersdenkenden verfolgt. A. war Lehrer, ihm wurde nahegelegt, in die regierende Baath-Partei einzutreten. Er mußte die Schule wechseln. Schließlich begannen die Besuche der Polizei auch zu Hause. Wir verließen Bagdad und gingen in den von Kurden bewohnten Norden des Landes, wo viele Oppositionelle untertauchten und sich der Widerstand formierte. Dort kam unser Kind zur Welt. 1983 griff die türkische Armee den Nordtrakt an, um den kurdischen Widerstand zu zerschlagen. Diese Aktion war mit dem Regime in Bagdad abgesprochen worden. Somit war auch Kurdistan zu gefährlich für uns geworden, wir mußten ein unser Kind denken.“

Wir verließen den Irak und gingen über Umwege in die Republik Süd-Jemen. Die dortige, sich „sozialistisch“ nennende Regierung unterstützte damals die irakischen Oppositionellen. Dort konnten wir arbeiten bzw. das Studium beenden. Wir halfen mit, Aktivitäten gegen das Regime in Bagdad zu organisieren, z.B. Demos, Diskussionen, Ausstellungen.

Nach der Wiedervereinigung 1989 mit dem kapitalistischen, islamisch ausgerichteten Nord-Jemen im Süden Übernahme dieses Systems im Süden änderte sich das schlagartig. Der neue Jemen war nun ein Bündnispartner von Saddam Hussein Irak. Irakische Flüchtlinge wurden schikaniert und bedroht. Uns wurde gesagt, wir würden in den Irak zurückgeschickt. Das hätte den sicheren Tod bedeutet. N. wurde auf der Straße mit Mord gedroht.

Schließlich gab man uns eine Woche Zeit, den Jemen zu verlassen. Wir bekamen einen Visa-Paß zur Ausreise und mußten alles bis auf unser Reisegepäck dortlassen. Über Ungarn kamen wir dann nach Deutschland. Viele Leute hier fragen: „Warum seit

Wir sind jetzt seit 14 Monaten hier. Am schlimmsten ist, daß wir keine Ahnung haben, was weiter mit uns passiert. Niemand hat uns bisher nach unseren Fluchgründen befragt, wir bekommen keine Informationen von den Behörden. Wir warten. Das macht uns Angst. Das Wichtigste ist für uns, wieder nach Hause zurückkehren zu können, denn wir sind hier zum Schutz, nicht, weil es uns gefällt. Solange wir hienbleiben müssen, ist es ein Ziel für uns, nicht mehr nur auf das Sozialamt und die entwürdigende Behandlung dort angewiesen zu sein. Wir wollen arbeiten und auch Dinge lernen, die wir im Irak anwenden können. Die Chancen zur Rückkehr in den Irak haben sich verschlechtert. Das Land ist von der Diktatur unterdrückt und ausgeplündert worden. Das Regime selbst und die USA samt ihrer Verbündeten haben den Irak zerstört. Saddam Hussein ist noch immer an der Macht und stärker als zuvor. Die „Demokraten“ der „Anti-Irak-Koalition“ haben weggeschaut, als die Armee die Kurden und Schiiten massakriert hat. Briefe aus dem Irak zeigen, daß die Lage schlechter wird. Nachden so viele Menschen im Krieg getötet worden sind, verhungern jetzt die Kinder. Es mangelt an allem. Grund sind die umfassenden Zerstörungen und die Sanktionen. Alles, was die westlichen Länder gemacht haben, hat unser Land weiter kaputtgemacht. Die Leute hier müssen dem irakischen Volk helfen, die Regierung zu stützen.“

Jugend für Sozialismus



Berlin

Demonstrationen zum 9. November

Der 9. November ist ein mehrfach belastetes Datum in der deutschen Geschichte. 1918 bedeutete dieser Tag das Ende des 1. Weltkrieges und den revolutionären Sturz der Monarchie. 20 Jahre später begann in der Nacht des 9. November, der sogenannten Reichsprogromnacht, die systematische Ausrottung der deutschen Juden durch das NS-Regime. Der 9. November 1989 ging als erster Schritt zur deutschen Wiedervereinigung in die Geschichte ein, an diesem Tag wurden die Grenzen der DDR geöffnet. Zwei Jahre nach der Vereinigung gehören pogromartige Ausschreitungen gegen Ausländer wieder zur Realität in Deutschland.

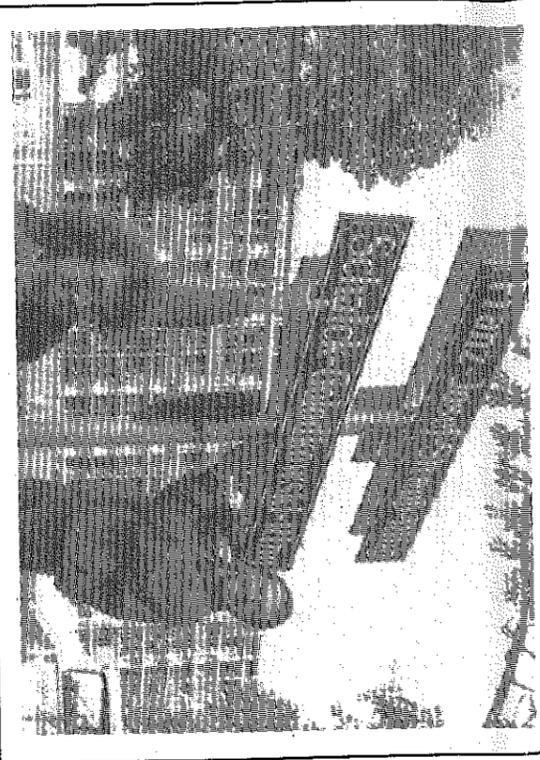
In diesem Jahr fanden in Berlin am 9. November 1991 die Jahrestag der Reichsprogromnacht die bisher größten Protestaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Juso-Protest gegen „CSU-Stasi-Connection“

Die Münchener Jusos protestierten mit einer symbolischen Umbenennung des „Franz-Josef-Strauß-Rings“ in „Schalk-Goldkowsky-Ring“ gegen die noch immer ungeklärten Kontakte der CSU zum Stasioffizier und DDR-Devisenbesitzer Schalk. So muß restlos offengelegt werden, ob durch die CSU-Stasi-Connection Unternehmer aus dem Freundeskreis von Strauß bevorzugt in den Besitz von Handelslizenzen kamen und inwieweit Provisoren und Bestechungsgelder flossen sowie Waffenexporte gedeckt wurden.

Zur Vergangenheitsbewältigung der CSU dürfte daher der „Schalk-Goldkowsky-Ring“ eine angemessene Anschrift für den neuen bayerischen Regierungssitz sein. Der Neubau der Staatskanzlei wurde trotz etlicher Proteste gebaut und ist sechsmal (!) so groß wie das Weiße Haus in den USA. Die Münchener nennen das Monumentalgebäude inzwischen „Straußkolleum“.

Nikolaus Brauns, München, Jungsozialist



Es ist Montagmorgen, 8.30 Uhr. Ich betreibe die Kassenhalle einer großen Bank in Hamburg, durchquere sie und stecke meine persönliche „Ausweiskarte“ in den dafür vorgesehenen, EDV-gesteuerten Schlitz, so daß sich eine schwere, unauffällig dunkelbraun gehaltene Tür öffnet - dann eine zweite Tür, und ich stehe in den aus Sicherheitsgründen abgeschirmten Räumen der „Wertpapierkasse“, der Abteilung in die ich vor kurzem „versetzt“ wurde. Nahezu jeder Mitarbeiter ist bereits an seinem Platz. Ernst, versteckt vorwurfsvoll, dabei freundlich sind die Blicke, die nur beim allmorgendlichen Händeschütteln entgegengebracht werden. Das „Händeschütteln“ ist ein Ritual, das unverzichtbar ist und eine Kameradschaftlichkeit, einen Teamgeist innerhalb einer Ansammlung von Frauen und Männern vorzuschreiben soll, bei der letztlich jeder nur an sich denkt und auf seine eigenen Vorteile bedacht ist.

Ich bin mindestens eine halbe Stunde zu spät, und daß ich jetzt erst einmal auf Toilette gehe und mir einen Kaffee aus dem Automaten hole, ist eigentlich unfaßbar. „Gleitende Arbeitszeit“, die ich selbstverständlich habe, ist hier tei-

mit 80.000-100.000 Teilnehmern statt. Unter dem Motto „Gegen Gewalt und Fremdenhaß - Menschenrechte gelten für alle“ hatten über 70 Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Flüchtlingsgruppen zur bundesweiten Demonstration aufgerufen. Bei der Vorbereitung hatte es Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Veranstalter gegeben, in deren Verlauf sich das „Berliner Bündnis“ mit der PDS und verschiedenen Flüchtlingsgruppen abgespalten hatte. Zur abschließenden Kundgebung im Lustgarten trafen sich die unterschiedlichen Demonstrationstrümpfe jedoch wieder.

Die Unstimmigkeiten der Organisatoren über den Verlauf und die Inhalte im Vorfeld der Demonstration spiegeln sich an Demonstrationstag selbst wider. Die Teilnehmerzahl übertraf zwar viele Erwartungen, die Stimmung wirkte jedoch eher resigniert und pessimistisch. Ein klares Konzept für einen antifa-schistischen Widerstand übermittelte auch keiner der Redner. Ihre Beiträge beschränkten sich auf Beifriedensklärungen und moralisierende

Kassel

Jusos aktiv gegen Ausländerhetze

In Kassel benötigte die linke Szene einige Zeit, um auf die Anschläge der Rechten zu reagieren. Durch die breite öffentliche Diskussion bestand Nachdruck an Aktionen und Veranstaltungen zu der Thematik. Auf verschiedenen Ebenen liefen Vorbereitungen an. So organisierten die Antifa-schisten eine Telefonliste, an der sich mittlerweile ca. 300 Leute beteiligen. In den Juso-Arbeitsgemeinschaften setzten wir vor allen Dingen auf inhaltliche Diskussionen. Die Juso-AG Wehlheiden hatte vom 18. bis 20. Oktober ein Seminar organisiert. So bestand genügend Zeit, eine tiefere Diskussion über Rechtsradikalismus bzw. Asylantentheorie zu führen und sich politisch vorzubereiten.

Eine vom Juso-Unterbezirk vorbereitete Veranstaltung am 24. Oktober war mit 80 Teilnehmern gut besucht. Die anwesenden autonomen Antifa-

rende Parolen wie „Keine Gewalt“ und „Menschenrecht für alle“. Auf die grundlegenden Ursachen des wiedererstarkten Rechtsextremismus machte niemand aufmerksamer, praktische Anleitungen für einen Kampf gegen die Neonazis wurden auch nicht gegeben.

Ein viel gelungeneres Beispiel für eine Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind - wenn auch in viel kleinerem Umfang - zeigte sich am darauffolgenden Tag im Ostberliner Stadtteil Pankow. Dort hatten die Jungsozialisten mit dem Verein der Antifa-schisten Pankow, der AG-Junge-Genossinnen (Jugendorganisation der PDS) und dem unabhängigen Jugendzentrum von Pankow eine gemeinsame Demonstra-

tion organisiert. Ziel der Aktion unter dem Motto „Kampf dem Faschismus!“ war es, eine Verbindung zwischen dem antifa-schistischen Widerstand im Dritten Reich und heute herzustellen. An historischen Stellen berichteten ältere Teilnehmer der Demonstration über den Widerstand im Nationalsozialismus. An anderer Stelle wurde über die Ursachen und die Bekämpfungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus neuere informiert. Die Demonstration verlief erfolgreich, es nahmen etwa 200 Pankowbewohner teil, darunter hauptsächlich jugendliche, jedoch auch einige ältere Menschen.

Stephanie Schütze, Berlin
Jungsozialistin



Großdemo in Berlin am 9. November.

schaften hatten aber andere Vorstellungen von der Veranstaltung, so daß sich zwei entgegenstehende Gruppen bildeten. Die eine wollte ein rein aktionistisches Programm ausarbeiten, während die andere sich mehr um Aufklärung und inhaltliche Diskussion bemühte.

Zwei Tage später, am Samstag, den 26. Oktober, lief die erste Demo. Über 50 verschiedene Gruppen beteiligten sich am Aufruf. Dementsprechend viele Leute waren anwesend: über 5000. Die Jusos hatten als einziger Gruppe einen Stand aufgebaut. Aufgrund eines Mißverständnisses konnten wir leider nicht auf der Kundgebung reden. Dennoch haben wir unsere Meinung durch Flugblätter und beim VORAN-Verkauf offensiv nach außen vertreten.

Zur nächsten Demo am 8. November rief ein breites Spektrum von Parteien (u.a. die CDU) und Organisatio-

Ein Tag in der Bank – ein „Erlebnisbericht“

Die Theorie. Die „Wertpapierkasse“ ist in drei Bereiche gegliedert, einmal der Kundendienst am Schalter (Leute lösen ihre fällig gewordenen Kupons von Wertpapieren ein und kriegen Geld dafür), dann der Tresor (zwei Stockwerke tiefer, im Keller), wo Millionen von numerierten Wertpapieren lagern und drittens der große Tisch, an dem ich sitze, an dem das sogenannte „Tafelgeschäft“ bearbeitet wird. Kreditinstitute aus ganz Deutschland beauftragen uns mit der Lieferung von Wertpapieren, wir schicken sie an die Auftraggeber, diese leiten sie dann an ihre Kunden weiter.

Die Aufträge müssen bis 13 Uhr durchgecheckt sein. Jeden Augenblick kommen jetzt mit der „Rohrpost“ die an anderer Stelle telefonisch angenommenen Bestellungen bei uns an. Der Wechsellauf mit der Zeit beginnt. Wir dürfen keine fünf Minuten zu spät sein, müssen aber alle Aufträge annehmen können. Aus dem kleinen Bestand, den wir aus dem Tresor bei uns „oben“ haben, ziehe ich nun die geforderte Art und Anzahl der Wertpapiere heraus, vergebende die auf den Papieren aufgedruckten Nummern und trage sie in

eine der Statistik dienende Liste ein. Das ist alles. Eine stupide Arbeit, die jeder Beppo verrichten könnte. Das Problem ist der ungeheure Zeitdruck. Kurz vor 13 Uhr töhrt und donnert die „Rohrpost“ ununterbrochen. Ganze Ballen von Aufträgen werden an unseren Tisch herangerollt. Unaufhörlich traue ich irgendwelche Zahlen in die Liste ein, Zahlen, mit denen ich überhaupt nichts zu tun habe, Wertpapiere, deren Bedeutung, Hintergrund ich nicht kenne, was mich auch überhaupt nicht interessiert. Niemals in meinem Leben werde ich mit diese komischen Dinger kaufen und darauf spekulieren, daß ich auf Kosten anderer irgendein dämliches Geld gewinne.

Statistik über alles: Nachdem wir genau um 13 Uhr fertig sind (ich bin fix und fertig), schreiben wir alle erledigten Aufträge noch einmal auf ein Formular, das wird dann abgeholt. Toll, jetzt kann ich endlich in die Pause. Einmal tief durchatmen...

Natürlich war ich wieder mal zu lange weg. Jetzt geht's nämlich weiter. Bis 16 Uhr müssen sämtliche Bestellungen in den Computer eingegeben werden. Auch hier wieder: Die Arbeit ist total

stimpel, „Intellekt“, Kreativität wird nicht gerade gefördert, dennoch ist es der totale Strag, die totale Anspannung, weil mir die Zeit im Nacken sitzt.

Unser Gruppenleiter verkündet nebenbei, daß morgen wieder eine „Gruppensitzung“ stattfinden soll. Ich denke „Na Prima“ und weiß, daß ich damit nur von meiner Arbeit abgelenkt und noch stärker unter Zeitdruck geraten werde. Diese regelmäßigen „Gruppensitzungen“ sind einzügig und allein dazu da, dem einfachen Sachbearbeiter vorzurauchern, daß er mitzureden, mitzuentscheiden habe; die Praxis läuft so ab, daß wir zu allem „Ja und Amen“ sagen dürfen, was uns - in oberen Kreisen ausgeklügelt - vorgeserviert wird. Es besteht eine Hierarchie, die von oben nach unten diktiert.

Nachdem ich alle Fehler, die sich zwischendurch eingeschlichen haben, korrigiert habe, bin ich kurz nach 16 Uhr endlich fertig. Der durch das Großraumbüro bedingte hohe Geräuschpegel läßt mich im Laufe der Zeit immer ruhiger werden, bald sage ich kein Wort mehr, bin regelrecht „versteckt“, nur noch da, ohne Bewußtsein - kenne nur noch das Gefühl: „Ich will

nach Hause“ wieder zu mir selbst finden, „aufwachen“. Wenn wenigstens nicht diese miesen Lichtverhältnisse wären. Unaufhörlich strahlt hoch oben von der Decke Neonlicht auf mich herab, als bei einem derartigen Licht Einzug in eine schwere Krise. Die autonomen Antifas beschränken ihre Arbeit auf Aktionen. Wir müssen versuchen, das Vakuum in der Linken zu füllen und die Jugendlichen zu überzeugen, bzw. uns mitzumachen, bevor Bruchkern Florjan Claus, Kassel Jungsozialist

Jens Goldbeck, Hamburg
Jungsozialist und Mitglied der Gewerkschaft Hand 4, Banken und Versicherungen (HBV)

Drogenpolitik Soziale Perspektiven statt Kriminalisierung

Der „Drogenkrieg“ von Kohl und Bush ist gescheitert. Die Zahl der Drogenabhängigen steigt, und die Drogenbosse werden immer mächtiger. Der Grund für das Scheitern der Drogenpolitik liegt im falschen Ansatz. Es wird völlig übersehen, daß die Ursachen für die Drogenproblematik im kapitalistischen System liegen.

Die Perspektiven, denen die Menschen gegenüberstehen, sind Umweltzerstörung, Krieg und Massenarbeitslosigkeit. Gerade Jugendliche sind einer ungewissen Zukunft ausgesetzt. Ein Teil der Jugendlichen begibt sich durch den Drogenkonsum in eine Flucht vor dieser Realität. Die Entfremdung durch das System, in dem die Leistung durch das System nicht zählt, wird durch den Drogenkonsum ausgeglichen. Es ist für unser System bezeichnend, daß bereits 25% der Grundschul-kinder Medikamente zur Leistungssteigerung und Beruhigung von ihren Eltern verabreicht bekommen. Ein konsequenter Kampf gegen Drogenkonsum und -handel würde also einen konsequenten Kampf gegen das kapitalistische System bedeuten.

Was ist mit Alkohol und Nikotin?

Der von den Herrschenden ausgehende Kampf gegen die Drogen ist unvollständig. Niemand erklärt den Tabak-, Alkohol- und Pharmakonzernen den „Drogenkrieg“, obwohl das Problem der Alltagsdrogen das gesellschaftlich größere ist. Im Gegenteil, für legale Drogen darf aggressiv geworben werden. Tabak- und Alkoholprodukte sind fast für jeden erhältlich. Selbst Kindern werden solche Produkte, wie zum Beispiel Zigaretten, durch den Zigarettensautomaten zugänglich gemacht.

Fahrpreiserhöhungen in Stuttgart

4,9% gegen die Umwelt

Die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr in Stuttgart werden schon wieder erhöht. Anfang nächsten Jahres will der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) 4,9% mehr verlangen, obwohl die Fahrpreise in Stuttgart schon zu den höchsten in der BRD gehören.

In Stuttgart sind Straßeneubauteu geplant, deren Kosten sich laut „Stuttgarter Zeitung“ (20.6.91) auf knapp 1,1 Mrd. DM belaufen. Angesichts dieser Summe läßt sich eine Erhöhung nicht rechtfertigen.

Dies ist aber nur ein kleiner Teil der Kosten, die der Autoverkehr verursacht: Rohstoffvergeudung, Waldsterben, der Hauptbeitrag zu Treibhausseffekt und Klimakatastrophe, Unfälle und -verletzte, Krebs und Allergien, Lärmbelastung, Gebäudeschäden und und und - das alles besichert uns das Auto. Das sind Kosten, die heute nicht in der Bilanz des Autoverkehrs aufzudecken, früher oder später aber bezahlt werden müssen.

Der öffentliche Nahverkehr ist die einzige Möglichkeit, diese Zeitbombe zu entschärfen. Deshalb muß er attraktiver werden. Dazu gehört der Nulltarif, Ausbau des Schienennetzes und kürzere Taktzeiten. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen müssen die Gelder, die heute der Autoverkehr aufsaugt, zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs eingesetzt werden.

10. Juso-Schwarzfahrerfest
Die Jusos Stuttgart werden deshalb auch dieses Jahr wieder eine Kampagne für den Nulltarif starten. Höhepunkt wird das 10. Schwarzfahrerfest im Januar sein. Geplant ist eine Aktionsswoche, um auf die verteerende Situation aufmerksam zu machen, für das Schwarzfahrerfest zu mobilisieren und neue Leute für die Jusos zu interessieren.

Ralf Schumann, Juso-Kreisvorstand
Stephan Kimmerte, Jungsozialist
Stuttgart

die bestehenden Probleme zu lösen. Diese Drogenpolitik ist keine Politik, die Abhängigen hilft. Sie legt ihren Schwerpunkt darauf, den Polizei- und Justizapparat im Kampf gegen Verbstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz zu stärken. Dies bedeutet jedoch keine Hilfe für die Abhängigen, sondern fördert noch deren Kriminalisierung. Es besteht zur Zeit nur ein unzureichendes Netz von Beratungs- und Therapiemöglichkeiten.

Drogenabhängige haben kaum die Möglichkeit, einen Therapieplatz noch zu Lebzeiten zu bekommen. Die Beratungen sind überlastet. Sowohl bei Therapieplätzen, als auch bei Beratungsstellen sind lange Wartelisten für Hilfesuchende an der Tagesordnung. Auch in den Schulen sind keine ausreichenden Beratungsangebote vorhanden. Längst nicht an jeder Schule gibt es einen Drogenberater. Außerdem ist es notwendig, Sozialarbeiter an die Schulen zu holen, da das Vertrauen zu diesen wesentlich größer ist als zu den Lehrern.

Kassel

DPG-Jugend und Jusos gegen ENKA

1984, bei der Schließung des Werkes Kassel des Chemiekonzerns ENKA (Sitz Wuppertal), hielt es die Unternehmensführung nicht für notwendig, den Druck von über 30 Jahren Produktion auch wegzumachen.

Der Boden des ehemaligen ENKA-Geländes im Kasseler Osten ist verseucht. Es besteht Gefahr für das Trinkwasser. Die Beschäftigten der großen Anzahl von Betrieben (Planungsbüro, VW-Lagerhallen, Postausbildungswerk u.a.), die jetzt auf dem ehemaligen ENKA-Gelände arbeiten, sind in ihrer Gesundheit bedroht. Seit über sechs Jahren ist hier von offizieller Seite

Für einen wirklicher Kampf gegen das Drogenproblem ist es nicht damit getan, den „Drogenbossen“ der „3. Welt“ publikumswirksam den Krieg zu erklären. In erster Linie muß man den Kampf gegen soziale Mißstände aufnehmen, die die Grundlage des Drogenkonsums bilden. Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist wegen der mangelnden Konsequenz von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir müssen von der SPD eine Drogenpolitik fordern, die Abhängigen hilft.

Unsere Forderungen:
- Durchsetzung des Verboles von Werbung für alle Drogen - auch für Tabak

bakprodukte, Psychopharmaka und Alkohol, stattdessen massive „Anti-Werbung“ und Aufklärung über die Folgen des Drogenkonsums.
- Frühzeitige, sachliche Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über alle Drogen in den Schulen, deswegen mindestens einen Drogenberater pro Schule sowie Heranziehung von Sozialarbeitern zur Drogenverbesserung in den Schulen.
- Vollige Entkriminalisierung des Drogenkonsums.
- Verstaatlichung der Tabak-, Alkohol- und Pharmakonzerne unter demokratischer Kontrolle durch Gewerkschaften und Beschäftigte
- Zerschlagung der illegalen Drogenunternehmen.

- Kontrollierte Herstellung und Abgabe von Drogen und Ersatzdrogen (z.B. Methadon); dabei relativ freier Verkauf von Drogen wie Alkohol, Tabak und Haschisch unter Berücksichtigung des Jugendschutzes und bei medizinischer und sozialer Beratung und Betreuung; Abgabe von gefährlicheren Drogen wie Heroin, Kokain, Psychopharmaka nur an Abhängige (oder bei Psychopharmaka aus medizinischen Gründen), verbunden mit dem Angebot zur freiwilligen Beratung und Hilfe zum Ausstieg.
- Schaffung von ausreichenden Beratungsstellen und Therapieplätzen.
- Menschenwürdiges Leben und Arbeiten, Wohnen und Arbeitsplätze für jeden.

- Kampf gegen soziale Mißstände und für eine sozialistische Gesellschaft anstelle des menschlichen und umweltfeindlichen Kapitalismus.
Fabian Feyerabend,
Kassel, Jungsozialist

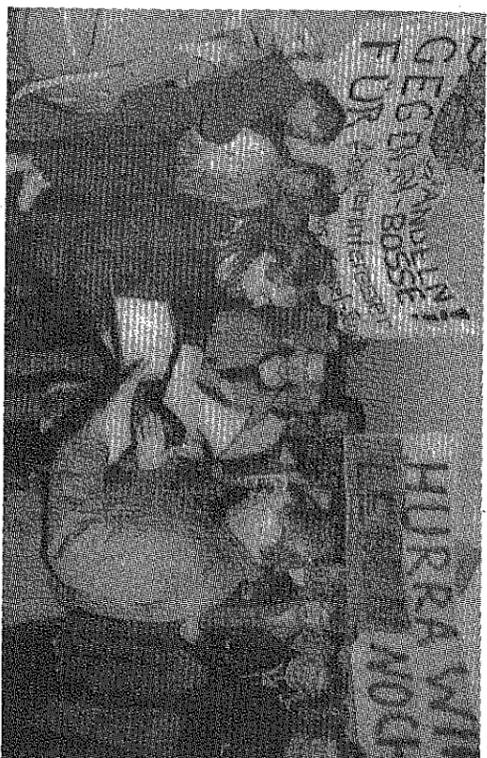


Alkoholisimus ist ein gutes Geschäft für die Alkoholindustrie.

Trotz erster Untersuchungsergebnisse, die das Gebiet als höchst altlastig verächtlich einstufen, sehen wieder Stadt noch Regierungspolitik einen Handlungsbedarf. Stattdessen wird unsere Kampagne vom SPD-Bürgermeister als unsachlich und polemisch bezeichnet. Wir lassen uns aber nicht einschüchtern!

Mit Transparenten, SPD muß handeln, gegen ENKA-Bosse, für Arbeitnehmerninteressens, Sanierung sofort, ENKA soll zahlen“ und „Hurra, wir leben noch“ standen die 150 Auszubildenden der Post zusammen mit 50 Jusos am Mittwoch, dem 13. November, vom 7.00-8.00 Uhr morgens vor dem versuchen Gelände. Dieser kurze „Warnstreik“ diente zur Übergabe von 700 gesammelten Unterschriften (500 aus dem Betrieb und 200 aus dem Ortsteil) an Postleitung und SPD-Magistrat der Stadt Kassel, wobei vom Magistrat niemand anwesend war - wegen der frühen Morgenstunde. Neben der lokalen Presse war das Fernsehen anwesend und brachte unsere Aktion auch abends in den Nachrichten. In kurzen Reden von einem Vertreter der DPG-Jugend und einem Juso-Vertreter wurde unsere Position noch einmal deutlich gemacht, die von den oben angesprochenen Kampagnenforderungen bis zur Einrichtung von Altsachenfonds unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften reicht, die zu 100% aus den Unternehmensgewinnen der Chemiedustrie finanziert werden sollen.

Lorenz Blume, Kassel
Jungsozialist



Protestaktion von Jusos und Postgewerkschaftsjugend.

... mach' mit bei den Jusos!



Hintergrund

Was ist Rassismus?

Die im August von der CDU angefangene Hetzkampagne gegen Asylbewerber und Ausländer hatte die Ablenkung von den wahren sozialen Problemen und ihren wahren Verursachern zum Ziel. Dabei wurden die Konsequenzen bewußt in Kauf genommen: das Anwachsen der Neo-Nazis und die Terror- und Mordanschläge auf Asylanten- und Ausländerwohnheime.

Nach einer anfänglichen Ohnmacht formierte sich eine antirassistische Bewegung. In vielen Städten hat es in den letzten Wochen (oft mehrere) antifaschistische Demonstrationen gegeben. Am 9. November gingen in ganz Deutschland über 100.000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße.

In weiten Teilen der Bevölkerung gibt es Empörung und Wut über die Terrorakte der Faschisten, über 70% haben in einer Umfrage erklärt, sie würden Ausländern helfen, die auf der Straße angegriffen werden. Aber der Großteil dieser 70% sieht trotzdem in den Asylbewerbern ein Problem.

Für den antirassistischen Kampf stellt sich die Aufgabe, Klarheit darüber zu bekommen, was Rassismus überhaupt ist und wie er entsteht. Leider kann davon heute noch keine Rede sein. Im Gegenteil, wenn man den meisten Rednern auf Demonstrationen zuhört, so vermißt man eine genaue Analyse des Rassismus und der derzeitigen Lage. Die Mehrzahl der Gruppen, die heute ihre Stimme gegen die Nazis und gegen Rassismus erheben, lehnen die rassistischen Übergriffe vor allem mit moralischen Argumenten ab, allen voran die SPD, Gewerkschaften und die Grünen. Molotow-Cocktails auf Ausländerheime zu werfen sei unmenschlich und deshalb abzulehnen. Natürlich ist das unmenschlich und auch deshalb abzulehnen, aber diese Argumentation geht dem Problem nicht auf den Grund und bleibt an der Oberfläche. Hinter diesem Moralisieren steckt aber auch der Fehler, die wahren Ursachen für Rassismus unausgesprochen zu lassen. Wenn man richtig zuhört, bekommt man als Ursache des Rassismus oftmals den Rassismus selbst präsentiert. Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß werden als in der Natur der menschlichen Psyche liegend dargestellt.

Typisch deutsch?

Schnell wird dann auf die „deutsche Vergangenheit“ hingewiesen und die Kollektivschuldthese ausgespackt. Der „Deutsche“ an sich ist halt besonders rassistisch oder wenigstens besonders anfällig für rassistische Ideologie. Das geht so weit, daß auf Demonstrationen Plakate auftauchen, die sagen „Ich schäme mich ein Deutscher zu sein!“ In einem Flugblatt des Bundesvorstandes der Jungsozialistinnen steht „Hinzu kommt, daß Feindbilder in Deutschland Tradition haben, man muß nicht auf den Nationalsozialismus zurückgreifen. Wutden in der ehemaligen DDR Menschen mit anderen Ideen zu Staatsfeinden, bösen Imperialisten, Faschisten etc. abgestempelt und kriminalisiert, machte der Westen aus manchem Kritiker der Atomenergie einen Verfassungsfeind. Und hüben wie drüben gab es Ausländerfeindlichkeit gegenüber ausländischen ArbeitnehmerInnen aus der Türkei oder Vietnam. Die gesellschaftlichen Probleme lassen heute keine einfachen Lösungen mehr zu.“ (aus dem aktuellen Flugblatt „Asylrecht und Ausländerfeindlichkeit“ des Jusso-Bundesvorstandes)

Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz werden als etwas charakteristisch „deutsches“ erklärt. Das ist auf den Kopf gestellter Nationalismus, der beispielsweise völlig außer Acht läßt, daß Rassismus gerade heute in vielen europäischen Ländern an Boden gewinnt. Die französische „Front Nationale“ unter Le Pen ist da nur ein Beispiel. Bei den Gouverneurswahlen in Louisiana, USA erhielt der rassistische Kandidat

der Republikaner und ehemalige Klux-Klan-Chef Duke 39% bei einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung von 78%. Die brutale Abschiebung albanischer Flüchtlinge aus Italien ist genauso ein Beispiel für Rassismus wie Abschiebungen in Australien. Rassismus ist heute eine internationale Erscheinung in einer Gesellschaft, die sich weltweit in der Krise befindet. Rassismus ist im Interesse eines bestimmten Teils der Gesellschaft – der herrschenden Klasse – und wird von diesem „gemacht“. Er ist nicht aus der menschlichen Psyche oder sonst subjektiv-individuell zu erklären.

Als Rassismus wird normalerweise etwas Extremes verstanden. Rassismus – das sind Brandanschläge auf Asylantenheime, das war die Judenverfolgung, die Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika. Daraus ergibt sich die Betrachtungsweise, daß der Rassismus aus den subjektiven Vorurteilen von Menschen gegenüber Fremden herrührt. Weil eben viele Deutsche Ausländern feindlich gesinnt sind, gibt es Rassismus. Diese Betrachtungsweise ist falsch. Rassismus ist nichts Extremes und keine Sondererscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft, er kennt nur gewisse Extremformen. Rassismus wird von staatlicher Seite organisiert und ist nicht Produkt von Einzelpersonen oder kleinen faschistischen Gruppen. Rassismus ist ein Organisationsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft – die systematische Ungleichbehandlung von „ausländischen“ und „einheimischen“ Arbeitskräften. Das zeigt sich nicht nur in Brandanschlägen, sondern auch in den in Ausländergesetzten festgeschriebenen Sondere-



Neofaschismus und Rassismus – ein internationales Phänomen: Neonazis in Dresden; Jean-Marie LePen, Chef der „Front Nationale“ in Frankreich;

gelungen für hier lebende Ausländer. Dazu gehören unter anderem das fehlende Wahlrecht, das fehlende Recht auf uneingeschränkte politische Beteiligung, die Möglichkeit der Ausweisung. Schon das Grundgesetz der Bundesrepublik schließt ausländische Mitbürger aus, da es nur für das „deutsche Volk“ gilt. Rassismus ist ebenso Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft wie das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Rassismus ist so alt wie der Kapitalismus

Rassistische Ideologie entstand durch die Entwicklung und Ausdehnung der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Kolonialismus stellte die Basis für die Entwicklung von Rassentheorien dar. In den USA basierte die ökonomische Entwicklung lange Zeit auf der Versklavung der Schwarzen. Diese brutale Ausbeutung der schwarzen Sklaven bedeutete einer ideologischen Rechtfertigung, also wurde der Schwarze zum Unternehmenserklärt, der mehr Ähnlichkeit mit Tieren als mit Menschen habe und deshalb auch wie ein Tier behandelt werden könne. Genauso entwickelten sich Rassen-theorien in England oder Deutschland, als es darum ging die Kolonien auszubeuten. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ – dieses Motto des deutschen Imperialismus diente als Rechtfertigung für die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien.

Eine neue Qualität erlangte der Rassismus, als die Kapitalisten neben Rohstoffen auch Arbeitskräfte aus den Kolonien importierten. Mit bestimmten Gesetzgebungen wurden diese Arbeitsimmigranten entrechtet und zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Damit sollten sie zu besonders billigen Arbeitskräften gemacht werden, die ganz im Sinne der Profitinteressen des Kapitals eingesetzt werden können. Eine Studie des preussischen Handelsministeriums von 1895 sagt: „Beschränkte man die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehren sich dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könne man ausländische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres abstoßen.“

Der Rassismus – die Ungleichbehandlung ausländischer Arbeitskräfte – dient also unmittelbar den wirtschaftlichen und den politischen Interessen der Unternehmer. Die Diskriminierung ausländischer Arbeiter auf Basis einer rassistischen Ideologie dient der Spaltung der Arbeiterklasse. Die Aufmerksamkeit soll von den deutschen Unternehmern auf die ausländischen Arbeiter gelenkt werden. Sie werden zum Sündenbock für alle Probleme gemacht. „Teile und herrsche“ heißt das altbewährte Motto der herrschenden Klasse.

Dies war und ist heute durch bestimmte Umstände möglich. Zum einen tritt der ausländische Kollege dem Deutschen auf dem Arbeitsmarkt als Konkurrent entgegen und wird vom Kapitalisten sogar noch als Lohndrucker eingesetzt. Das verschleiert die grundlegenden gemeinsamen Interessen deutscher und ausländischer Arbeiter und läßt sie leichter gegenemdinge die Tatsache, daß niemand auf der politischen Bühne eine Alternative darstellt. Die Stärkung des Nationalismus seit Ende des letzten Jahrhunderts (mit der Entwicklung hin zum Imperialismus) verschafft dem Rassismus immer brei-



„Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, und seien sie noch so reaktionär. Mit Hilfstuppen darf man nicht zimperlich umgehen.“ So offen sprach der verstorbene CSU-Politiker Franz-Josef Strauß 1976 vor einer Versammlung der CSU in Sonthofen, Bayern.

teren Einfluß. Die nationalistiche Ideologie ordnet die Interessen der verschiedenen Klassen in der Gesellschaft den „Interessen der Nation“ unter, die natürlich in der Realität die Interessen der Herrschenden sind.

Der Nationalismus dringt auch in die Arbeiterbewegung ein. Die Entwicklung der Industrie und Wirtschaftsaufschwung gegen Ende des 19.



Jahrhunderts ließ eine Reihe von sozialen Reformen zu, die den Lebensstandard von Teilen der Arbeiterklasse steigen ließ. Eine sogenannte „Arbeiteraristokratie“ entwickelte sich – besser bezahlte Lohnabhängige in Aufsicht und Leitungsfunktionen. Dies fand in der Arbeiterbewegung seinen Ausdruck darin, daß die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre bald zu Spitzenverdienern wurden und sich ideologisch immer mehr den Unternehmern annäherten.

Die Führung der Arbeiterbewegung gab ihr revolutionär-internationalistisches Programm auf und wurde reformistisch und – nationalistisch. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung

war die Unterstützung des 1. Weltkriegs durch alle wichtigen sozialdemokratischen Parteien. Der Ausspruch „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ des deutschen Kaisers wurde von der SPD-Führung akzeptiert.

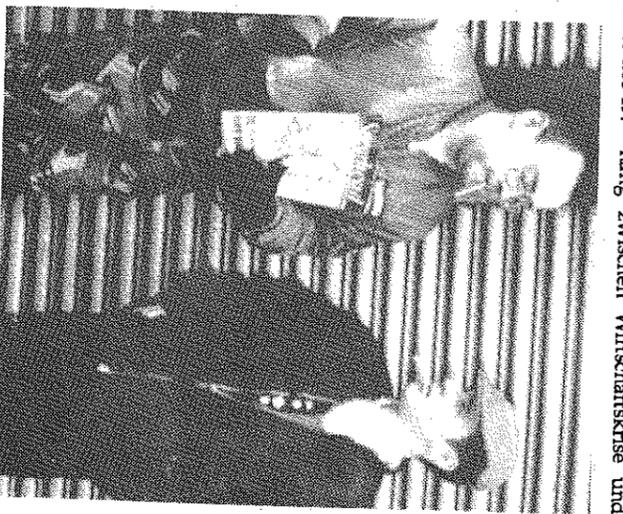
Der Einzug des Nationalismus in die Arbeiterbewegung wurde bisher nicht rückgängig gemacht. Auch heute noch identifiziert sich die SPD- und Gewerkschaftsführung mit „ihrer“ Nation und „ihrem“ Staat und schürt somit nationalistische Vorurteile unter den Lohnabhängigen. Die Vorstellung, als deutscher Lohnabhängiger habe man mehr gemeinsame Interessen mit deutschen Unternehmern als mit Lohnabhängigen anderer Nationen macht es möglich, daß sich rassistische Ideen verbreiten. Diese Vorstellung wird heute von allen wichtigen politischen Kräften auch von SPD- und DGB-Führung geteilt. Deshalb muß sich antirassistische Politik auch gegen diese nationalistischen Ideen richten. Wirklicher Internationalismus besteht nicht aus Lippenbekenntnissen zur Solidarität, sondern im gemeinsamen Kampf auf Grundlage der Einsicht, daß die Arbeiter in aller Welt, gleich welcher Hautfarbe und Nationalität, ein gemeinsames Interesse haben, denn nur das Kapital international entgegensteht.

Ein deutscher Bergarbeiter kann zum Beispiel kein Interesse an Niedriglöhnen in südafrikanischen Minen haben, da die „billige“ Importkohle dazu eingesetzt wird, seinen eigenen Lohn zu drücken oder wie gerade aktuell, Bergwerke in Deutschland zu schließen.

Rassismus wird also „gemacht“. Er ist Produkt der kapitalistischen Ordnung und nicht der menschlichen Psyche. Das zeigt auch die Geschichte des Rassismus in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg.

Rassismus in der BRD

Die Entwicklung des Rassismus in der BRD zeigt den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und



Rassismus. Im langen Nachkriegsaufschwung, der bis zur ersten Weltwirtschaftskrise von 1973/74 dauerte, waren ausländische Arbeitskräfte in Deutschland nicht Opfer gezielter, staatlich organisierter rassistischer Hetze. Die deutsche Wirtschaft brauchte sie als billige Arbeitskräfte. Bis 1973 wurden sie gezielt angeworben. Natürlich gab es auch in diesem Zeitraum den staatlichen Rassismus in Form von Ungleichbehandlung durch Ausländergesetzte. Von 1951 bis 1965 übernahm die BRD sogar die „Ausländerpolizei-Verordnung“ aus dem Dritten Reich. Aber trotzdem war der Rassismus in Form von Ausländerhetze, Attentaten etc. eine gesellschaftliche Randerscheinung.

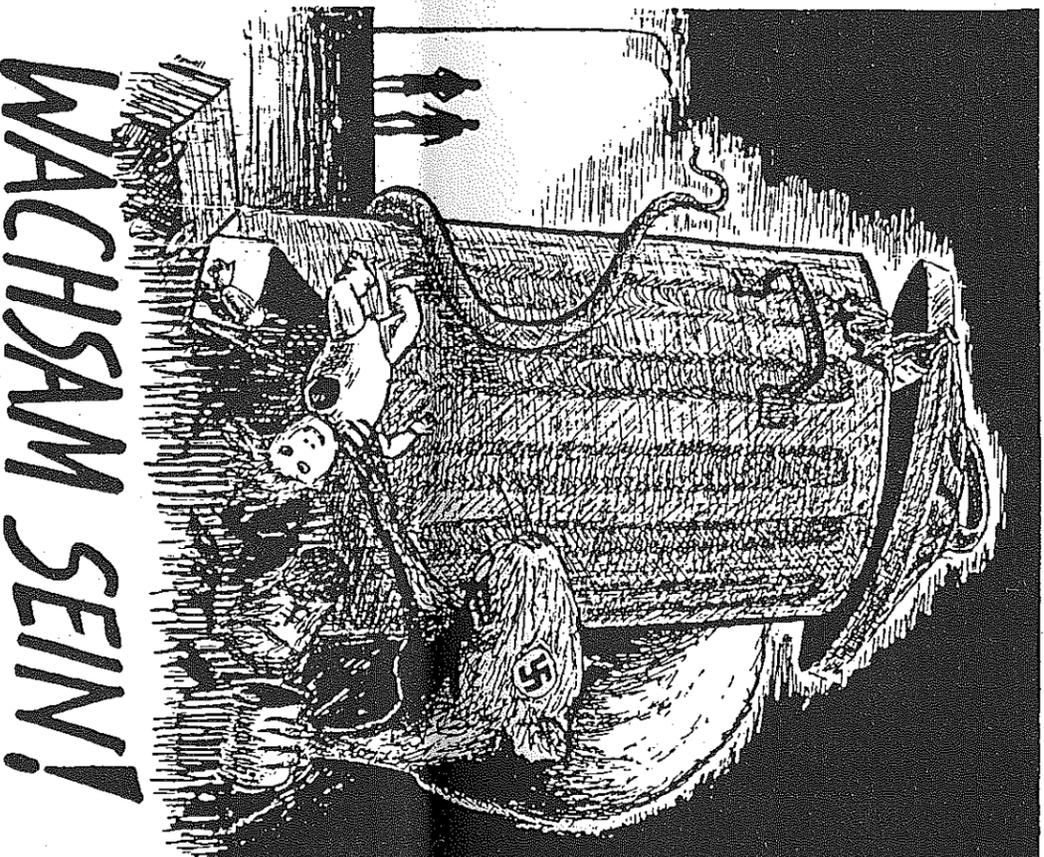
Hintergrund

der kapitalistische Staat. Daß diese Hitze Erfolge erzielt, liegt an der Unfähigkeit der SPD- und Gewerkschaftsführung und ihrer falschen Politik. Durchgeführt wird der Terror aber von neo-faschistischen Gruppen. Dem antirassistischen Kampf stellen sich daher unterschiedliche Aufgaben.

Zum einen muß der Kampf gegen die Nazis geführt werden. Sie sind die direkte, physische Bedrohung. Ihnen muß sich die Arbeiterbewegung politisch und ebenso physisch entgegenstellen. Wenn Nazis aufmarschieren, Versammlungen abhalten oder Pogromen inszenieren, muß es eine große Mobilisierung dagegen geben. Die Verantwortung dafür tragen SPD und Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse ist der natürliche Feind von Faschismus und Rassismus, weil Faschismus und Rassismus nicht nur ein Angriff auf die ausländischen Kollegen, sondern auf alle Lohnabhängigen ist. Es ist die Aufgabe von SPD und DGB das Potential, wirkliche Massen zu mobilisieren und die Faschisten von der Straße zu vertreiben. Sie sind in der Lage, die politischen Ursachen von Faschismus und Rassismus zu bekämpfen. Das heißt für uns natürlich nicht, daß wir abwarten bis Björn Engholm und Hans-Werner Meyer dazu gezwungen werden, den Kampf zu organisieren. Wenn SPD- und DGB-Führung passiv oder halb-passiv bleiben, dann müssen wir den Widerstand organisieren und versuchen, die SPD- und DGB-Basis dafür zu gewinnen und in diesen Organisationen Druck ausüben.

Es ist aber ein Fehler, den Kampf auf die Extremformen des Rassismus zu beschränken. Die polnischen Unterdrückung und Entrechtung der ausländischen Kollegen wird nicht von den Faschisten organisiert, sondern vom kapitalistischen Staat. Dieser „macht“ Rassismus. Deshalb ist ein politischer Kampf die zentrale Aufgabe antirassistischer Arbeit. Wir müssen den deutschen Arbeitnehmern erklären, daß sie ihre eigenen Interessen verteidigen, wenn sie gegen rassistische Hetze kämpfen. Die, die ein Interesse am Rassismus haben und davon profitieren, müssen klar benannt werden.

Breite Bündnisse, die sogar CDU und FDP einschließen, sind unbrauchbar und sogar schädlich, wenn es um den Kampf gegen Rassismus und Faschismus geht. Politische Antworten wird nicht von den Faschisten organisiert, sondern vom kapitalistischen Staat. Dieser „macht“ Rassismus. Deshalb ist ein politischer Kampf die zentrale Aufgabe antirassistischer Arbeit. Wir müssen den deutschen Arbeitnehmern erklären, daß sie ihre eigenen Interessen verteidigen, wenn sie gegen rassistische Hetze kämpfen. Die, die ein Interesse am Rassismus haben und davon profitieren, müssen klar benannt werden.



der Rolle. Die Neo-Nazis haben die

Rolle von „Hilfstruppen“ für die Herrschenden, die gegen Linke, Gewerkschafter und Ausländer vorgehen, um diese einzuschüchtern. Sie werden vom kapitalistischen Staat bewußt an Leben erhalten und von einzelnen Kapitalisten auch finanziell unterstützt. Es besteht jedoch keine Gefahr einer Macht-ergreifung durch die neuen Nazis, was nicht heißt, daß sie keine Gefahr sind.

Zum Teil geht den Herrschenden die Aktivität der Neo-Nazis sogar zu weit. Das jetztige Ausmaß an Terror gegen Ausländer ist nicht im Interesse von Kohl und Kapital. Auch das hat wirtschaftliche und politische Gründe. Der Staat verliert die Kontrolle über die Neofaschisten und das Ausmaß der Anschläge hat eine Gegenbewegung auf der Linken zur Folge. Auch im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung deutet sich eine gegenläufige Tendenz an: 60 Prozent der Deutschen fanden es im Oktober in Ordnung, daß „viele“ Ausländer in Deutschland leben. Das sind 16 Prozent mehr als im Vormonat.

Aber das Kapital ist auch aus ökonomischen Gründen besorgt. Hans-Peter Stahl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstages, sieht negative Folgen für die deutsche Wirtschaft. Die Bundesrepublik braucht seiner Meinung nach „ein positives Bild im Ausland, weil wir auf ausländische Unternehmer angewiesen sind“. Imageverlust im Ausland ist also die große Sorge der deutschen Unternehmer. Tatsächlich ist es möglich, daß sich eine japani-

schon Kapitalistischen Staat und verstand nicht, daß gerade das Kapital Hitler an die Macht bringen wollte. Die KPD lehnte ein Bündnis mit den Sozialdemokraten ab, mit der Begründung, diese seien nicht besser als Hitler. Der Faschismus entwickelte sich nicht, weil das deutsche Volk plötzlich blutrünstig wurde, sondern er wurde vom Kapital an die Macht gebracht. Dies war nur wegen dem Versagen der Führungen der Arbeiterparteien möglich.

Die Möglichkeit, sich eine Massenbasis im verarmten Kleinbürgertum aufzubauen, war Folge der kapitalistischen Krise. Auch war Faschismus damals nicht eine typisch „deutsche“ Erscheinung. In Italien kam Mussolini schon 1922 an die Macht und baute seine Terrorherrschaft auf. Spanien wurde 1939 faschistisch. In allen anderen wichtigen europäischen Staaten gab es faschistische Bewegungen.

Rolle des Faschismus

Von der rassistischen Kampagne der CDU/CSU profitieren die Neofaschisten. Ihre Zahl wird mittlerweile vom Verfassungsschutz mit 40.000 Angehörigen nach dem anderen auf Ausländerwohneime. Die Neo-Nazis sind zu einer gefährlichen, physischen Bedrohung für Ausländer geworden. Aber nicht nur für Ausländer, sondern auch für aktive Gewerkschafter, Linke und Antifaschisten. Es steht außer Zweifel, daß der Neofaschismus in Deutschland eine neue Qualität angenommen hat. Ihn zu bekämpfen ist deshalb auch vordringlichste, aber nicht die einzige Aufgabe. Auf der Linken wird oft der Fehler begangen, Faschismus und Rassismus zu vernachlässigen. Entweder wird, wie schon gesagt, unter Rassismus nur seine Extremform verstanden oder aber alle konservativen Kräfte werden zu Faschisten gemacht.

Der Faschismus war 1933 der letzte Ausweg für das Kapital, um die Macht zu behaupten. Die kapitalistische Ge-

Rassismus ist eine Klassenfrage. Die Kapitalistenklasse setzt den Rassismus gezielt zur Spaltung und politischen Desorientierung der Arbeiterklasse ein, um ihre Macht zu erhalten. Denn die Unternehmer wissen, daß eine geeinte Arbeiterbewegung auch eine erfolgreiche Arbeiterbewegung sein kann.

Durch die Politik der CDU/SPD-Regierung in der Großen Koalition 1966-68 und die erste Rezession im Nachkriegsdeutschland erstarkte der Nationalismus zum ersten Mal wieder, was zu Wahlerfolgen der NPD führte. Die sozialdemokratische Reformpolitik nahm der NPD aber schnell wieder den Wind aus den Segeln. 1973 setzte zum ersten Mal eine rassistische Offensive von staatlicher Seite ein. Ziel war die Spaltung von ausländischen und deutschen Kollegen zur Brechung einer Streikbewegung. Gerade in Krisenzeiten spielt das Kapital die rassistische Karte, um die Aufmerksamkeit von sich selber wegzulenken. Wenn die Bedingungen, Profit zu erzielen schlechter werden und das Kapital und seine Regierung Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung planen und umsetzen, dann wird versucht, den Unmut und die Wut der Arbeiter auf ausländische Bürger zu lenken. 1973 waren viele ausländische Arbeiter an den Streiks beteiligt. Die bürgerliche Presse sprach vom „türken-Terror bei Ford“ und versuchte ausländische und deutsche Kollegen gegeneinander auszuspielen. Die sozialliberale Regierung machte mit Sie verhandelte einen Anwerbestopp für Nicht-EG-Ausländer. Eine Reihe von Maßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Ausländer folgten, wie z.B. die Streichung des Kindergeldes für 300.000 ausländische Kollegen 1975.

Rassismus wurde so in der BRD wieder zu einem wichtigen politischen Mittel der Herrschenden. Die SPD/FDP-Regierung bereitete den Boden für die rassistischen Maßnahmen von Kohl und Konsorten in den 80ern, indem sie selber zahlreiche ausländerfeindliche Maßnahmen beschloß.

Gerade in Zeiten der Krise versucht das Kapital, den Lohnabhängigen ein Interesse von Unternehmen und Lohnabhängigen. Man solle „den Gürtel enger schnallen“. In Ostdeutschland müsse man durch „das Tal der Tränen“. Die Identifikation mit der eigenen Kapitalistenklasse und ihren Maßnahmen wird propagiert, auch von Seiten der SPD- und Gewerkschaftsführung. Um das zu verstärken und so Kämpfe der Arbeiter zu verhindern, werden die ausländischen Kollegen und die Asylbewerber zum Sündenbock gemacht.

Die rassistische Hetze hat immer in für die Herrschenden schwierigen Zeiten zugenommen. 1986 nach Tschernobyl, dem Angriff auf den 116 Arbeitsförderungs-gesetz (dem Streikparagrafen) und vielen weiteren Angriffen stand die Koalitionregierung auf einem Tiefstand bei Meinungs-umfragen. Bei einer offenen, sozialistischen Politik der SPD wären Neuwahlen und eine absolute SPD-Mehrheit möglich gewesen. Die Bundestagswahl war für Januar 1987 angesetzt – was also tun?

Die CDU/CSU begann mit einer rassistischen Hetzkampagne sondergleichen. Die „Asylanflut“ wurde entdeckt und zum Hauptproblem für die BRD erklärt. Weil die SPD-Führung damals keine politischen Antworten für multire, sondern im Gegenteil die Argumentation der Regierung nützlich ging die Rechnung auf und Kohl wurde 1987 wiedergewählt. Die SPD-Führung räumte sich damals sogar damit, die Einreise von Asylbewerbern über Ost-Berlin gestoppt zu haben, anstatt eine politische Alternative aufzuzeigen.

Heute geschieht dasselbe. Um von der eigenen Verantwortung für Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau etc. abzulenken, macht das Kapital die Asylbewerber zum Sündenbock. Die Ansicht, daß Ausländer und Asylbewerber ein Problem bzw. Verursacher von Problemen sind, kann sich vor allem deshalb durchsetzen, weil ihr

gesellschaft steckte in ihrer tiefsten Krise, die Welt steuerte auf den 2. Weltkrieg zu. In dieser Situation war für das Überleben des Kapitalismus die Zerschlagung der Arbeiterbewegung nötig. Dies konnte ein „normales“ Polizeiregime nicht gewährleisten. Um die mächtigen Organisationen der Arbeiterklasse – SPD, KPD und Gewerkschaften – zu zerstören, mußten Massen in Bewegung gesetzt werden. Diese Aufgabe übernahmen Hitler und die Nazis. Sich auf das durch die Krise verarmte Kleinbürgertum stützend baute Hitler eine Massenbewegung auf. Doch ohne die direkte Unterstützung durch das Kapital hätte er niemals an die Macht gelangen können.

Hitler hätte aufgehalten werden können, wenn die Gewerkschaften, die SPD und die KPD in einer Einheitsfront gegen die Nazis vorgegangen wären. Stattdessen vertraute die SPD auf den

Internationales

Lateinamerika

Ein verlorenes Jahrzehnt

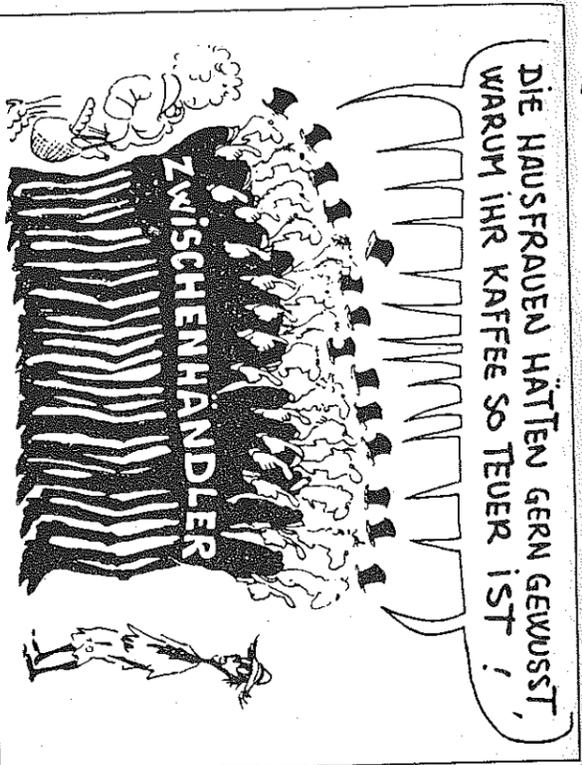
Ein wesentlicher Grund für den langen Wirtschaftsaufschwung der hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer in den 80er Jahren war die verschärfte Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt. Was das konkret für diese Länder bedeutet, soll hier einmal am Beispiel Lateinamerikas näher dargestellt werden.

Dies ist auch deshalb interessant, weil sich heutzutage einerseits die „Reformer“ in der Sowjetunion zum Teil auf Chile unter dem Diktator Pinochet als positives Beispiel berufen, während andererseits kapitalistische Kommunistoren erudierter feststellen, daß die Hinwendung zur „freien Marktwirtschaft“ in Osteuropa zu ähnlich desolaten Zuständen wie heute in Lateinamerika führen würde.

Lateinamerika in den 80er Jahren

Lateinamerika hat ein Jahrzehnt der Krise hinter sich. Zwischen 1981 und 1990 sank das Pro-Kopf-Einkommen des Kontinents real um 10% auf durchschnittlich 1946 Dollar pro Jahr. Gleichzeitig stieg die Verschuldung um 45% auf 428 Milliarden Dollar - 1000 Dollar pro Kopf jedes Lateinamerikaners. Die 80er Jahre waren für den real existierenden Kapitalismus in Lateinamerika ein verlorenes Jahrzehnt. Es treibt in einem „Teufelskreis der Armut“, so ein Beamter der interamerikanischen Entwicklungsbank. Für Millionen Menschen in Lateinamerika bedeutet jeder Tag ein erneuter Kampf ums Überleben.

Die ökologische Katastrophe der Zerstörung des tropischen Regenwaldes hält unvermindert an. Von 3,5 Millionen Quadratkilometern tropischen



Regenwaldes in Brasilien sind nach Schätzungen der Weltbank bereits 12% vernichtet und Amazonasforscher fürchten, daß bis Ende der 90er Jahre in weiten Teilen Amazoniens mehr als die Hälfte des Regenwaldes zerstört sein wird.

Die von einem peruanischen Fliescherdorf ausgehende Choleraepidemie verbreitet sich in ganz Südamerika, und die ersten Fälle sind sogar schon in Florida (USA) aufgetreten. Dies ist das erste Mal seit den 20er Jahren, daß Cholera in der westlichen Hemisphäre aufgetreten ist.

Diese Entwicklungen sind keine Naturkatastrophe, sondern ein Produkt der kapitalistischen Ausbeutung der „Dritten Welt“. Halb Brasilien baut Soja und Kaffee für den Export an. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte und Mineralien fielen jedoch in den 80ern um 30%, der Kaffeepreis sogar auf ein Drittel. Folge hiervon ist die Verschärfung der Schuldenkrise. Der Anreiz des Schuldendienstes am Brutto-sozialprodukt betrug zum Beispiel 1989 in Argentinien 51%. Das bedeutet, daß 1989 jeder Argentinier die Hälfte seiner Arbeitszeit für ausländische

in der Wirtschaftspolitik das Ruder, um die Schuldendienste zu gewährleisten. Die Politik der lateinamerikanischen Regierungen mit ihren „Sanierungsprogrammen“ ist die Umsetzung der Forderungen des IWF.

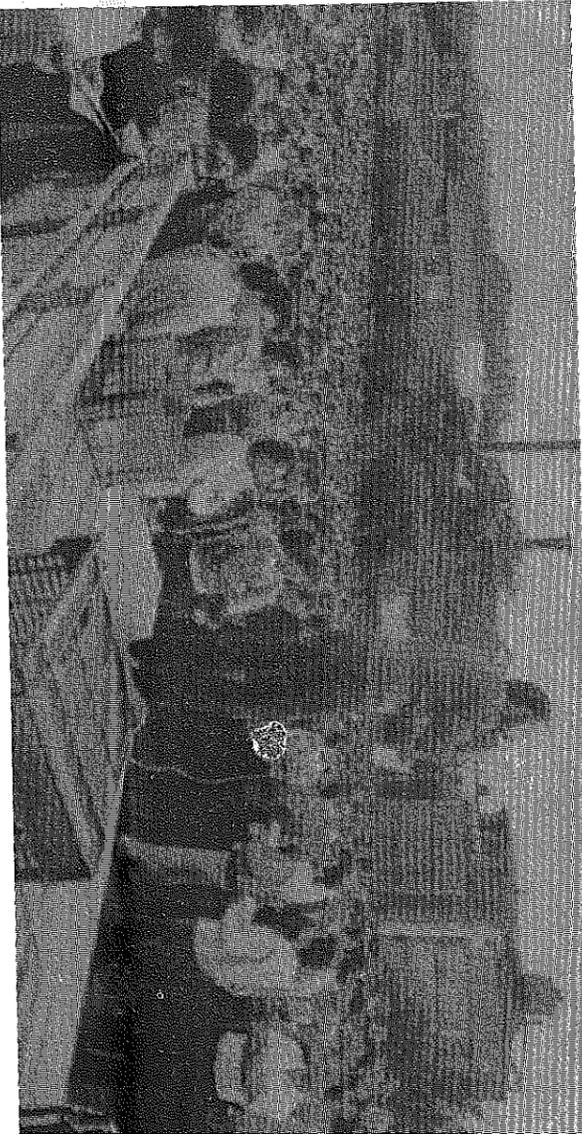
Brasilien

Ein Land wie Brasilien, das in den 70ern noch als sogenanntes Schwellenland galt und Rekordwachstumraten von bis zu 10% zu verzeichnen hatte, muß nun darum kämpfen, daß es nicht zu einem Land der „Vierten Welt“ wird. Dabei hatte Präsident Collor de Melo noch bei seinem Amtsantritt im März letzten Jahres ernsthaft angestrebt, Brasilien in die Reihe der Länder der „Ersten Welt“ einzugliedern.

Die Brasilianer verdienen heute 40-50% weniger als 1983. Brasilien ist mit 52 Milliarden Dollar Schulden das größte Schuldnerland der „3. Welt“. Gleichzeitig nimmt die soziale Kluft zwischen den Unternehmern und Großgrundbesitzern und der breiten Masse der Bevölkerung immer extremere Ausmaße an. Brasilien ist eines der Länder mit der höchsten Einkommenskonzentration der Welt. 10% der reichsten Brasilianer schöpfen für sich jährlich über 53% des gesamten Nationalinkommens ab, während annähernd die Hälfte der Bevölkerung über

die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen. Verkauf von Staatsbetrieben und Rohstofforkommen über billige Schuldscheine heißt das „Wundermittel“. Collor hat bei seinem Amtsantritt versprochen, die Inflation von monatlich 84% auf Null zu drücken. Tatsächlich ist sie heute erneut außer Kontrolle geraten. Auch die Verschuldung ist weiter angestiegen.

35 Millionen Brasilianer wählten Collor zum Präsidenten, weil sie seinen Versprechungen glaubten, er werde zusammen mit den Armen den Krieg gegen Inflation und Korruption gewinnen. Er entpuppte sich nach dem Scheitern seiner „Reformpläne“ mehr und mehr als Vertreter einer Politik, die sich auf die Reichen und Korrupten stützt. Opfer seiner Angriffe sind nun die Gewerkschaften, die mit ihren Lohnforderungen schuld daran sein sollen, daß die Preise ständig in die Höhe gehen.



Eine Kundgebung der PT in Sao Bernardo.

Er hob die automatische Angleichung der Löhne an die Inflation auf.

31 Millionen Brasilianer stimmten bei den letzten Wahlen für die PT (Arbeiterpartei). Schwerpunkt ihres Wahlprogramms war eine Landreform sowie die Einstellung der Auslandschuldenzahlungen. PT-Führer Lula sagte, daß seine Regierung zwar innerhalb des Kapitalismus stehen, aber daß er die Masse der Armen stärken würde, so daß sie sich selbst zum Kampf für den Sozialismus organisieren könnten. Lulas Wahlkampagne zeigte, daß es in der Arbeiterklasse eine massive Unterstützung für eine Alternative zum kapitalistischen Chaos gibt. So gewann die PT auch in den Industriezentren Rio de Janeiro und Rio Grande 70% der Stimmen.

Eine hysterische Propagandakampagne der Rechten machte klar, daß es um fundamentale Klasseninteressen ging. Sie warnten davor, daß Lula Brasilien zu dem machen wolle, was in Kuba oder Osteuropa existiert bzw. existierte. Gerade vor dem Hintergrund des Zu-

sammenbruchs der stalinistischen Staaten in Osteuropa ist es notwendig, daß die PT erklärt, für welchen Sozialismus sie steht - zumal auch einige kommunistische PT-Regierungen in Korruptions-skandale verwickelt waren.

In der Zeit seit Collors Amtsantritt ist eine große Streikwelle durch die brasilianischen Betriebe gerollt. Vor allem in den großen Metallbetrieben, in der chemischen Industrie und im öffentlichen Dienst kam es zu Arbeitsniederlegungen. In den meisten Branchen wurden Lohnabschlüsse mit einer Steigerung von 50% erreicht, die allerdings immer noch eine deutliche Senkung des Reallohns bedeuten.

Argentinien

Auch Länder wie Argentinien, Chile oder Uruguay, die sich mit ähnlichen „Reformplänen“ eine deutliche Verbesserung ihrer ökonomischen Situation

den, blieb durch die Neu- und Umverteilung der Auslandsschuld Chiles bei knapp 19 Mrd. Dollar stehen. Der Staatshaushalt hatte im letzten Jahr ein Defizit von 380 Mio. Dollar. Auch hier wurden die „übertriebenen Lohnforderungen“ der Arbeiter als großes Hindernis des wirtschaftlichen Wachstums angesehen. So schlossen die Führer des Gewerkschaftsdachverbandes Ende April 1990 eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Arbeitgeberverband ab, in der eine „maßvolle“ Anhebung des Mindestlohns auf umgerechnet 40 DM vereinbart wurde.

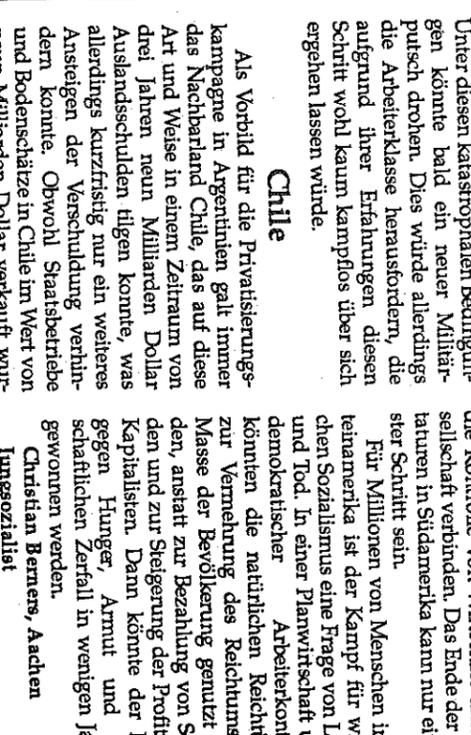
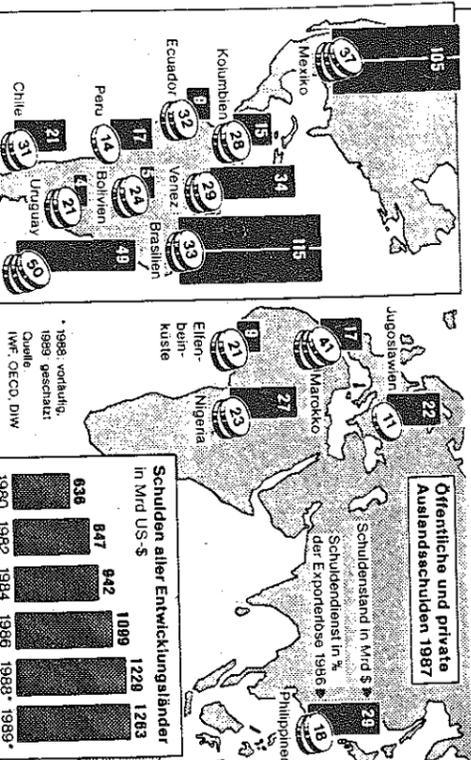
Nach 16 Jahren Militärdiktatur befindet sich die chilenische Gewerkschaftsbewegung in einer tiefen Krise. Zur Zeit sind nur 12 von 100 Arbeitern organisiert. Viele Arbeiter erhoffen vom Ende der Diktatur und der Einführung der bürgerlichen Demokratie große Änderungen: ein Ende der Hungergehörne, kürzere Arbeitszeiten usw. Sie wollen der neuen Regierung eine Chance geben. Doch eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, verbunden mit Angriffen der Regierung auf die Arbeiter, wird zu Gewerkschaften führen.

Während die Löhne im Jahr 1985 noch knapp zwei Drittel des Bruttozialproduktes ausmachten, sind es heute nur noch ein Drittel; die Bevölkerung konsumiert heute 20% weniger Waren als damals und die Arbeitslosigkeit hat sich verdreifacht. Der ehemalige Finanzminister unter Allende, Pedro Vukovic, sagte zur Situation in Chile nach der Militärdiktatur: „Der Nachhohler darf der Arbeiter muß durch gesellschaftliche Umverteilung befriedigt werden. Man muß aus der argentinischen Erfahrung lernen; auch im Nachhohler hat die Demokratie das nachherale Konzept der Militärs weiterführt und dem Volk Armut und Hunger beschert. Demokratie beschützt sich nicht auf die formale Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Institutionen, sie muß sich auch an Kochtöpfen bewähren.“

Aber solange die Kapitalisten Banken, das Land und die Bodenschätze sowie die Industrie besitzen, Vukovic, sagte zur Situation in Chile nach der Arbeiterklasse die Gesellschaft nicht nach ihren eigenen Interessen stimmen können. Deshalb muß die Arbeiterbewegung den Kampf für die kratische Rechte mit dem Kampf die Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft verbinden. Das Ende der lateinamerikanischen Arbeiterbewegungen in Südamerika kann nur ein Schritt sein.

Für Millionen von Menschen in Lateinamerika ist der Kampf für einen Sozialismus eine Frage von Leben und Tod. In einer Planwirtschaft und demokratischer Arbeiterkontrollen können die natürlichen Reichtümer zur Vermehrung des Reichums der Masse der Bevölkerung genutzt werden, anstatt zur Bezahlung von Profiten und zur Steigerung der Proleten Kapitalisten. Dann könnte der Hunger, Armut und schätlichen Zerfall in wenigen Jahren überwunden werden. Christian Berners, Aachen

Hochverschuldete Entwicklungsländer



Internationales

Westeuropa

Demos und Streiks gegen Entlassungen und Kürzungen

In den letzten Monaten hat Westeuropa Streiks und Massenproteste erlebt wie schon lange nicht mehr. In den Niederlanden (siehe VORAN Nr. 135), Frankreich, Italien und Spanien haben Arbeiter gegen die Folgen der Wirtschaftskrise, gegen Kürzungen und Entlassungen gekämpft. Ein allgemeines Merkmal ist die Unzufriedenheit mit den Gewerkschaftsführern, denn diese wirken mehr bremsend als kämpferisch. Besondere Bitterkeit kommt in Ländern auf, wo Arbeiterparteien an der Regierung sind und die Angriffe durchführen, wie in den Niederlanden, Frankreich und Spanien.

Frankreich: Protestwelle zieht durch das Land

Die Landwirte machten im September den Anfang. Mit Hilfe von Fleckkern, Schafen und faulen Eiern wurden Blockaden veranstaltet und die Anführer von Spitzenpolitikern unsicher gemacht. Höhepunkt war eine Demonstration in Paris mit 200.000 Teilnehmern gegen die nationale und europäische Agrarpolitik.

Die nächsten Proteste kamen von den Krankenschwestern. Seit den letzten Kämpfen in diesem Bereich vor drei Jahren hat sich nichts grundlegend verbessert. Als die streikenden Schwestern ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen vor dem Elysee-Palast (Sitz des Präsidenten) Nachdruck verleihen wollten, wurden sie von Generalen zurückgeknüpelt. Das heizte natürlich die Stimmung an, zumal laut einer Umfrage 80% der Bevölkerung Sympathie für die Krankenschwestern und ihre Forderungen haben. In den Tagen darauf streikten die Eisenbahner, die Matrosen und die Piloten der Air Inter.

Schließlich wurde von der „unpolitischen“ Gewerkschaft Force Ouvrière (FO) für den 24. Oktober zum Generalstreik aufgerufen, um höhere Löhne und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einzufordern. In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst hatte die Regierung dann noch rechtzeitig vor dem Streik eine 6,5%ige Er-

Sowjetunion

„Wir feiern die Oktoberrevolution – trotz Verbot!“

Die Oktoberrevolution von 1917 war unsere Revolution. Jetzt haben haben wir die Möglichkeit, sie zu feiern, wie sie gefeiert werden sollte“, sagte ein junger Arbeiter dem Moskauer Fernsehen zu Beginn einer Demonstration, organisiert von der trotzkistischen Zeitung Rabotschaja Demokratija (Arbeiterdemokratie).

Ein Teilnehmer und Unterstützer der Zeitung Rabotschaja Demokratija berichtet: Moskaus Bürgermeister Popow hatte alle Demonstrationen zum Jahrestag der Oktoberrevolution verboten. Allein den Stalinisten wurde in der Nacht zuvor ihre Demonstration erlaubt. Unsere Demonstration blieb weiterhin nicht genehmigt. Als wir uns an der U-Bahnstation „Straße von 1905“ zusammensanden, erwarteten wir, von der Polizei angegriffen zu werden. Wir erwarteten nicht den Erfolg, den wir am Ende des Tages verbuchen konnten.

Ungefähr 30 hauptsächlich junge Arbeiter und Schüler versammelten sich mit einigen älteren Arbeitern. Jeder trug ein Transparent oder eine Fahne und an der Spitze eine zwei Meter große rote Fahne mit dem Symbol von Rabotschaja Demokratija.

Wir marschierten los Richtung Roter Platz, sangen revolutionäre Lieder und erwarteten, bis zum oberen Ende der

für künftige Abwehrkämpfe geschlagen. Die „gemäßigten“ Gewerkschaftsverbände akzeptierten dies als Ergebnis. Die FO aber konnte die Basis nicht enttäuschen: Sie blieb bei ihrem Aufruf und der von der kommunistischen Partei geführte Gewerkschaftsverband CGT schloß sich an. So streikten am 24. Oktober einige Zehntausend und der öffentliche Verkehr stand in den Großstädten überwiegend still.

Die ganze Protestwelle kam ziemlich plötzlich. 1990 war die Zahl der Streiktage so niedrig wie zuletzt 1935. Und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren es sogar noch weniger.

Präsident Mitterrand sprach von einer „psychologischen Krise“, die er sich trotz „täglichen Nachdenkens“ nicht erklären kann (Spiegel 44/91). Vielleicht ist ihm die hohe Arbeitslosigkeit noch gar nicht aufgefallen. Die Wirtschaftskrise hat zu einem drastischen Anstieg geführt, bis Jahresende wird die Zahl von 3 Millionen erreicht sein. Die offizielle Prognose für das Wirtschaftswachstum 1991 wurde auf 1,5% nach unten korrigiert, und das gilt noch als optimistisch. Angriffe auf den Lebensstandard sind noch mehr zu erwarten: Für die geldkrappen Staatseinkommen stehen demnächst Teilprivatisierungen an, und Premierminister Cresson hat einen harten Sparkurs verkündet, der alle Bereiche treffen soll. Andererseits haben die Bewegungen der letzten Wochen Zugeständnisse erreicht und eine gute Ausgangsposition

für künftige Abwehrkämpfe geschaffen. Dies zeigte sich bei einer erneuten Demonstration von Krankenschwestern, Pflegekräften und Ärzten am 17.11. in Paris, die mit 150.000 Teilnehmern eine der größten der letzten zehn Jahre in Frankreich war.

Italien: Zehn Millionen streiken gegen Kürzungshaushalt

Die Regierung hat Anfang Oktober einen überarbeiteten Haushaltsentwurf vorgelegt, bei dem das Defizit von ursprünglich 189 Billionen Lire (rund 255 Mrd. DM) um ein Drittel gesenkt werden soll. Die geplanten Mehreinnahmen und Ausgabenkürzungen gleichen einem Frontalangriff: Hausbesitzer (60% der Bevölkerung) müssen erhebliche Zahl, Zigaretten und Spirituosen werden verteuert und auf den behördlichen Papierkrieg werden Stempelgebühren erhoben. Weitere Einnahmen sind durch den Verkauf von Immobilien und Betrieben im Staatsbesitz vorgesehen.

Die Kürzungen setzen vor allem im Gesundheitswesen an. Die Zahl der Krankenhausbetten soll um 35.000 reduziert werden, die Patientenleistung an Medikamenten steigt auf 60% (maximal 67 DM), bei klinischen Untersuchungen müssen künftig 50% selbst gezahlt werden.

Nach Bekanntwerden dieser Pläne war breiter Protest angesagt. Die Gewerkschaften riefen für den 22. Oktober zu einem vierstündigen Generalstreik auf. Zehn Millionen Arbeitnehmer folgten diesem Aufruf. Allerdings

nicht älter als 13, kamen mit Lenin-Buttens. Wir machten eine spontane Kundgebung, wo jeder sprechen konnte, der wollte: Unsere Genossen, Anarchisten und andere aus der Demonstration. Wir waren bis auf die letzte Zeitung ausverkauft, hatten 5000 Flugblätter verteilt und sammelten 500 Rubel für den Kampffonds. Unter den Touristen war auch ein japanischer Gewerkschafter, der mehr über unsere Ideen wissen wollte.

Wir entschlossen uns, den Platz zu verlassen und uns mit der anderen Demonstration zu treffen, aber die Polizei ließ uns nicht über die Brücke. So marschierten wir um den Krenl herum und zurück ans Ende vom Roten Platz.

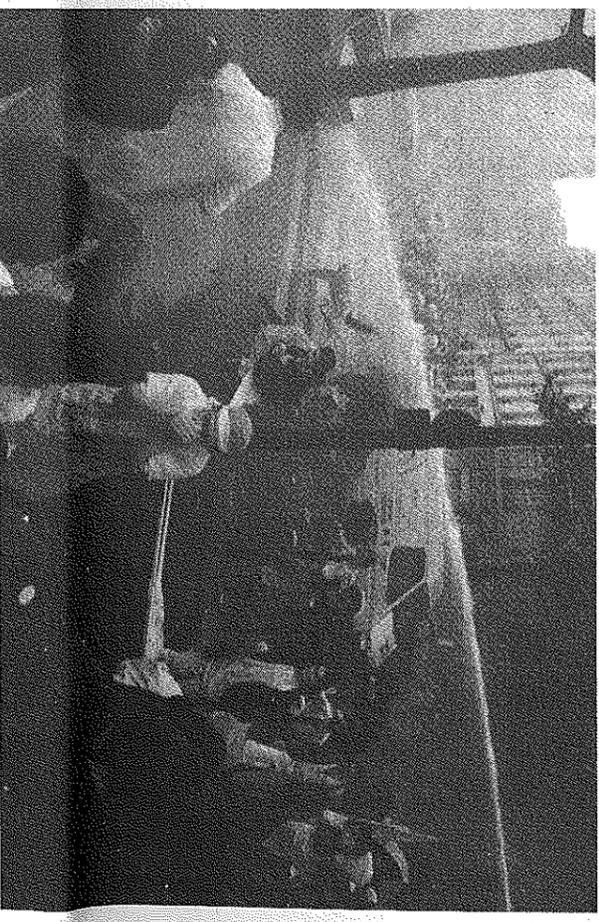
setzten die Gewerkschaftsführer alles daran, diesen Streik so „schmerzlos“ wie möglich zu gestalten. Transport- und Gesundheitsbereich wurden „geschont“, außerdem war der Streik in auf vier Stunden begrenzt. Sie erklärten, daß es nicht das Ziel sei, die Regierung zu stürzen, sondern einen besseren Haushaltsentwurf zu erreichen. Mit dieser nicht sehr kämpferischen Einstellung haben die Gewerkschaftsführer die Unzufriedenheit vieler Arbeiter auf sich gezogen. Im größten Gewerkschaftsverband CGIL gibt es Rufe nach

Krise bedroht noch Tausende von Arbeitsplätzen, unter anderem bei Alfa Romeo, Ansaldo und in den Stahlbetrieben.

Spanien: Der Kampf um Asturien

In der asturischen Provinz sind 45.000 Arbeitsplätze durch „Restrukturierung“ vor allem der Stahl-, Bergbau und Wertindustrie und in der Landwirtschaft in den nächsten Jahren bedroht. Die EG fordert diese Maßnahmen, die von der „sozialistischen“ Regierung unterstützt werden. Bei einer Bevölkerung von 1,1 Millionen und jetzt schon 71.000 Arbeitslosen könnte die Arbeitslosenquote sich leicht mehr als verdoppeln, da von jedem bedrohten Arbeitsplatz noch drei andere abhängt sind.

Deshalb wurde auch der Generalstreikaufruf der sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften (UGT und CCOO) am 23. Oktober zu 100% befolgt, 100.000 haben in der Hauptstadt Oviedo demonstriert. Auch ein von der marxistisch geführten



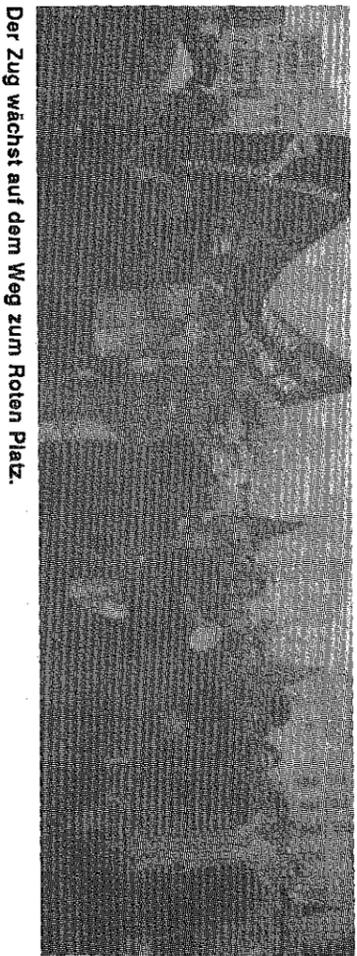
Gendarme greifen Krankenschwestern an.

einem permanenten linken Flügel. In Italien treffen eine schwache Konjunktur, ein großes Haushaltsdefizit und eine hohe Inflation zusammen. Die nächsten Angriffe sind schon vorprogrammiert, z.B. auf die „gleitende Lohnskala“ (automatische Anpassung der Löhne an die Inflation), die schon jetzt ziemlich durchlöcher ist. Das Wirtschaftswachstum wird dieses Jahr voraussichtlich bei nur 0,8% liegen. Die

Diesmal hatte die Polizei die Absperrung mit einer zweiten Reihe Miliz verstärkt und ließ uns nicht durch. Einige aus der Menge gingen an, mit den Polizisten zu diskutieren, einer den wir zum ersten Mal sahen, erklärte der Polizei, daß wir nicht einfach Demokratie wollen, sondern Arbeiterdemokratie. Aber Argumente überzeugten sie nicht. Es ging hin und her und plötzlich waren wir durch die Absperrung mit mehreren Tausend Demonstranten wieder auf dem Roten Platz. Hier hatten wir auf die andere, von den Stalinisten geführte Demo von 10.000, die die Polizei von der anderen Seite durchgelassen hatte.

Wir wissen nicht, wer mehr geschockt war: Die Polizei, die unählig

war, uns davon abzuhalten unsere Revolution zu feiern: die Stalinisten der anderen Demo, viele mit Stalin-Bildern, die auf einmal so viele hinter trotzkistische Fahnen auf den Roten Platz marschieren sahen oder die Pro-Marktwirtschaftler, die wissen, daß wir die einzigen Leute in Moskau sind, die sich gegen Privatisierung stellen. Viele, die sich unserer Demonstration anschlossen, unterstützten auch unsere Idee; einer wollte sich gleich unserer Gruppe anschließen. Ein anderer, ein Museums-Arbeiter, hatte schon alles von Trotzki gelesen. Er sagte uns, er sehe Trotzki und Lenin als eine Person und daß er nun zum ersten Mal in seinem Leben Menschen getroffen habe, die genauso wie er denken. Selbst einige Arbeiter von der stalinistischen Demonstration, die zunächst Abstand zu uns hielten, kamen rüber und sprachen mit uns. Mehr und mehr werden wir als die einzigen angesehen, die bereit sind, für Sozialismus zu kämpfen, in der Sowjetunion mit den Bürokraten und den neuen Kapitalisten Schluß zu machen und für wirkliche Arbeiterdemokratie zu kämpfen. Wir machten klar, daß wir solange die Oktoberrevolution feiern werden, bis wir einen neuen Oktober gewonnen haben.



Der Zug wächst auf dem Weg zum Roten Platz.

Seite Zehn

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . .

Liebe Genossinnen und Genossen, in der letzten Ausgabe habe Ihr das Thema Rassismus zum Schwerpunkt gemacht. Diese Entscheidung kann ich nur begrüßen. Die Zeitung hat mir insgesamt gut gefallen, besonders hervorheben will ich dabei das Layout und die Überschrift auf der Titelseite. Auf den Demonstrationen gegen Ausländerhetze in den letzten Wochen hat sich die Zeitung hervorragend verkauft.

Allenfalls hatte ich beim Verkaufen der Zeitung ein faules Gefühl im Magen. Den oberen Teil der Titelseite mit der Überschrift „Wohnungen und Arbeitsplätze gegen Ausländerhetze“ habe ich bereits gelobt, mein Bauchweh hat der dann folgende Artikel auf der Titelseite verursacht. Hier hab ich, neben einigen mißverständlichen Formulierungen, auf die ich nicht eingehen will, vor allem zwei Kritikpunkte:

1. Im Artikel wird der amtierende stellvertretende Bürgermeister von Berlin und SPD-Landesvorsitzende Wälder Momper folgendermaßen zitiert: „Jede Wohnung, jeder Arbeitsplatz entzieht den braunen Rattenängern den Boden“, damit soll unsere Argumentation untermauert werden. Diese Aussage ist völlig richtig, aber sie kommt vom falschen Urheber. Momper und die SPD-Führung in Berlin betreiben mit der großen Koalition genau gegenteilige Politik und sind damit für den Aufschwung der „braunen Rattenfänger“ mitverantwortlich. Statt den Wohnungsbau konsequent zu fördern erhöht der Senat die Mieten und steckt

eine Menge Geld in Prestigeobjekte.

Der Senat plant die Entlassung von tausende Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wälder Momper war verantwortlich für den Bruch der rot-grünen Koalition. Mit Walter Mompers Lippenbekenntnissen gewinnen wir keine Glaubwürdigkeit bei Arbeitern und Jugendlichen, die unter seiner Politik zu leiden haben. Im Gegenteil: Viele Jugendliche betrachten die Jusos mit großer Skepsis, weil viele ehemalige Jusos nach einer radikalen Jugend zu rechten Politikern geworden sind. Wenn Jugendliche unsere Forderungen lesen und gleichzeitig unser Lob für Wälder Mompers inhaltlich richtige Aussage, kann bei ihnen da nicht die Frage entstehen, ob wir unser Programm genauso schnell vergessen, wie Wälder Momper, wenn wir irgendwann die Macht ausüben?

2. Der Schlusssatz des Artikels lautet: „Also, laßt uns gemeinsam - Ausländer und Deutsche - mit und in SPD und

Gewerkschaften kämpfen für Gleiches Recht, Arbeit und Wohnungen für alle!“ Wenn das so einfach möglich wäre, würde ich diesem Satz aus ganzem Herzen zustimmen. Leider macht die SPD momentan keine Anstalten für „gleiches Recht, Arbeit und Wohnungen“ zu kämpfen. Das Gegenteil ist der Fall. Weiter oben habe ich bereits kurz die derzeitige Politik der SPD in Bezug auf Arbeitsplätze und Wohnungen in Berlin erläutert: Viel besser wie in Berlin sieht es andernorts auch nicht aus. Und was den Kampf für gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche angeht, muß ich leider feststellen, daß die SPD sich mit Vorschlägen an der Asyldebatte beteiligt, die sie selbst vor einigen Jahren noch als rassistisch bezeichnet hat. Der Schlusssatz mit seiner Formulierung kämpft „mit und in (der) SPD“ kann also nicht stehenbleiben. Hier sollte vielmehr stehen: „Kämpft mit VORAN in SPD und DGB für ein sozialistisches Programm gegen Rassismus und Ausländerhetze. Nur so können wir gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche, Wohnungen und Arbeitsplätze durchsetzen!“

Mit sozialistischen Grüßen
Boris Kanzleiher, Berlin

In eigener Sache:

Bisher ist VORAN im Dezember/Januar als zweimonatige Doppelnummer erschienen. Ab jetzt soll sich das ändern: Die nächste Nummer (137) wird bereits Anfang Januar und nicht erst Anfang Februar erscheinen, allerdings in verringertem Umfang von 8 Seiten. Wir bitten besonders alle VORAN-Verkäufer, sich darauf einzustellen und für den Januar Verkaufaktionen einzuplanen.
Die Redaktion.

Ihr da oben . . .

Kundenfreundliche Bundesbahn

Wer sich fragt warum die Bundesbahn ihre Fahrpreise zum 1. Januar 1992 wieder einmal um 4,5% erhöht, der weiß noch nicht, daß die Bahn jetzt brandaktuell auf Kundenwünsche reagiert und sich dabei auch nicht lumpen läßt: Nur wenige Wochen, nachdem die neue Mercedes-S-Klasse mit größerer Spurweite auf dem Markt war, beschloß das DB-Management den Umbau von 165 Autoreisezugszügen. Die Reiten der neuen, etwas breitspurig gerahmten Nobelkarossen (siehe auch nebenstehender Artikel) passen nicht zwischens den Führungsschienen der Verladewaggons.

Behindertenverbände, die schon seit Jahren menschenwürdigen Transport und technische Veränderungen zum problemlosen Einstieg fördern, müssen leider noch etwas warten.



Was ist eigentlich „Deutschtum“?

Eine Antwort lieferte kürzlich das rheinland-pfälzische Oberverwaltungsgericht. Es verwehrte einem aus Polen übersiedelten Mann den Anspruch auf den Vertriebenenstatus, weil sein in Westpreußen geborener Vater im Zweiten Weltkrieg ab 1944 auf Seiten der polnischen Exiltruppe gegen Deutschland gekämpft hatte. Dies wurde als „Bekanntnis gegen das Deutschland“ gewertet.

„von ihnen einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung und als Aufmerksamkeitsmerkmal für die Schwachen, die Kranken einzuführen“.

Er betonte, angesichts der dramatischen Situation der Krankenkassen dürfe man „vor keiner Überlegung zurückzucken“.

Wir schlagen stattdessen einen kräftigen Solidarbeitrag für die Pharmakonzerne vor, die sich alljährlich auf Kosten der Versicherten gesundstoßen.



Selbstschätzung

Wenn der Schwachsinn die größten Blüten treibt, sind meistens sogenannte Experten beteiligt. So hat der stellvertretende FDP-Fraktionschef und sozialpolitische „Experte“ Bruno Menzel einen „Solidarbeitrag für Gesundheit“ vorgeschlagen. Die Bürger, die in einem Jahr nicht zum Arzt müssen, hätten bereits einen entscheidenden Vorteil gegenüber der Allgemeinheit: ihre Gesundheit. Deshalb solle daran gedacht werden,

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Meyer, sprach neulich bei einem Treffen der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bad Wildungen: „Es geht um das soziale gerechte Teilen zwischen oben und unten, und oben“ fängt für mich bei Daimler und Siemens an, bei den Banken, die sich an der Einheitskugel und verdient haben, bei Managern, Ministern und Bischöfen - und auch ich gehöre zu denen.“

wir hier unten

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
 Anschrift _____
 Telefon _____
 Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04

Jetzt schnell bestellen

Bestellungen bitte gegen Vorkasse, zusätzlich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (kann in Briefmarken beigelegt werden).

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Letzte Briefe und Aufzeichnungen Lenins. Die Einleitung von Alan Woods zeigt, wie die Wurzeln der Stalinisierung für Lenin erkennbar wurden und wie er dagegen zu kämpfen begann.
Format A5, 40 Seiten, 3,- DM.

Internationalismus gegen Imperialismus

Die deutsche Wiedergeburt nach dem 2. Weltkrieg wird aus der Sicht britischer Sozialisten analysiert. Die Diskussionen um die Rolle der Bundeswehr nach diesen Broschüre sehr aktuell.
Format A5, 28 Seiten, 2,50 DM

Marxistische Hefte Nr. 2

Themen: Jugoslawien, PDS (PCD) in Italien, KP Australien, Sowjetunion, Trozki-Reide zu Volkstrom Frankreich 1936.
Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM

Bedruckte T-Shirts

„Gebt Nazis keine Chance“ oder „Rosa Luxemburg“, in M, L und XL, 15,- DM (+ 4,- Versandkosten bei Einzelbestellung)

VORAN-Wandkalender

Wandkalender '92, mit wichtigen und historischen Terminen, im Format A2, zweifarbige, zur übersichtlichen Planung der politischen Arbeit unentbehrlich, 2 DM

Kampffonds Frohe Weihnachten

Weihnachten steht vor der Tür. Während die meisten von uns sich noch damit abmühen, originelle und passende Geschenke für Freunde und Verwandte vorzubereiten, ist das dickste Paket schon lange geschickt: die für das nächste Jahr geplante Entlastung der Unternehmer durch ein Steuersenkungsgesetz in Höhe von insgesamt 31 Milliarden DM.

Während viele Arbeitnehmer bei der Finanzierung des weihnachtlichen Konsumrausches Schwierigkeiten bekommen, hat unsere Bundesregierung ihr Geschenk durch die Steuererhöhungen in diesem Jahr praktisch schon vorfinanziert.

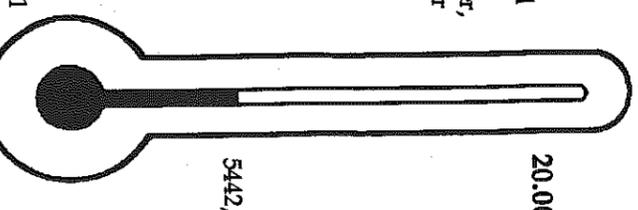
VORAN als unabhängige marxistische Zeitung kann sich dagegen weder auf großzügige Gaben der Bundesregierung noch auf den Weihnachtsmann verlassen. Wir brauchen auch im Dezember Eure Spenden und Kampffonds-Aktivitäten.

Unterstützer aus Münster/Odenwald konnten im Oktober 272,- DM zusätzlich auf verschiedenen Demos und über den Verkauf von T-Shirts auch in einer Kneipe. Während der Demonstrationen am 9.11.91 konnte auch viel Geld für den Kampffonds gesammelt werden: In Darmstadt nahmen VORAN-Unterstützer über T-Shirt-, Buttons- und Kaffeeverkauf sowie den Solidaritätspreis 540,- DM ein. In Stuttgart kamen ca. 700,- DM zusammen.

Bis zum 21.11.91 sind für das 4. Quartal 5442,80 DM in der Redaktion eingetroffen. Denkt daran, alle Sympathisanten nach Spenden aus dem Weihnachtsfest nach Spenden aus dem Weihnachtsfest

nachsgeld zu fragen. Ihr könnt auch noch Weihnachts- oder Silvesterfest zugunsten des KF organisieren. Bitte überweist alles Geld für so schnell möglich, damit wir über Weihnachten und in den ersten Januarwochen die finanziellen Frostbeulen bekommen.
Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

Ziel
4. Quartal Oktober, November, Dezember



Spendenkonto:
VORAN, Postgriant Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59 430

Stand: 21.11.1991

Ich möchte **VORAN** abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf) ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM) NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____
 Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (siehe oben). Abos werden nicht automatisch verlängert.

Aus Betrieb und Gewerkschaft

Kohlerunde

Unnötiger Kompromiß

Die Vernichtung von 30.000 Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau in den nächsten neun Jahren, die Stilllegung der Zeche Sophia Jacoba (Sj) in Hückelhoven (Aachener Revier) und die Schließung weiterer Zechen, das ist das Ergebnis der Kohlerunde Mitte November.

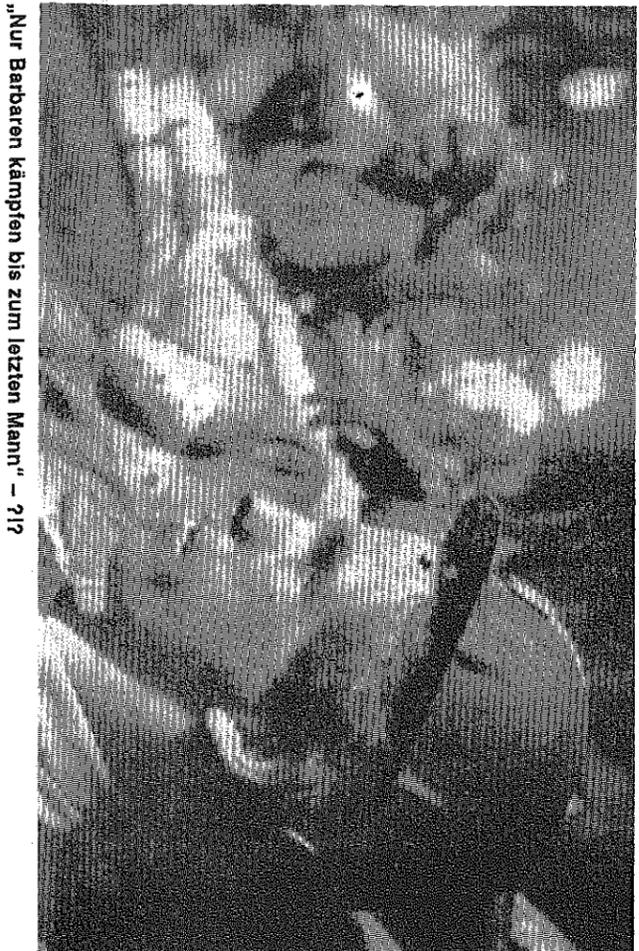
Vereinbart wurde der Arbeitsplatz-abbau zwischen der Bundesregierung, Stromkonzernen und Steinkohlebergbau sowie der Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) und den SPD-Ländern (NRW) und dem Saarland.

Der IGBE-Vorsitzende Hans Berger bewertete das Ergebnis insgesamt positiv. Tatsächlich ist

es jedoch eine Teilniederlage für alle Kumpel im Bergbau und für die von Arbeitsplatzzerstörung und Zerschlagung be-
troffenen Regionen. Die Verantwortung für diesen unrichtigen Kompromiß liegt bei der Führung von IGBE und den SPD-Landesregierungen in NRW und Saarland.

Den Verlust von 30.000 Arbeitsplätzen und die Schließung der Zeche Sophia Jacoba wurden hingenommen, ohne daß ein ernsthafter Versuch unternommen worden wäre, die gesamte Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Bergleute einzusetzen.

Warum gab es keinen Versuch, den Streik der Kumpel von Sophia Jacoba auf alle Zechen auszudehnen? Warum gab es keinen Versuch, den Protest der Bergleute mit dem Protest der Stahlarbeiter zu verbinden? Warum gab es keinen Versuch z.B. einen einträglichen Vollstreik auf allen Zechen verbunden mit einem Marsch auf Bonn zu organisieren?



„Nur Barbaren kämpfen bis zum letzten Mann“ - ?!

stützte sie nicht. IGBE-Chef Hans Berger hielt ihn für „falsch“ und kommentierte ihn mit den Worten „nur Barbaren kämpfen bis zum letzten Mann“. Auf anderen Zechen wurde den Kumpels erzählt, wenn Sophia Jacoba stillgelegt werde seien ihre Arbeitsplätze gesichert, da so oder so Arbeitsplätze verschwinden müßten.

Die Führung im Kampf um Sophia Jacoba überließ die IGBE in weiten Teilen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB).

Gerade im öffentlichen Dienst wird versucht, die Kosten der Einheit auf die Bevölkerung abzuwälzen. In Berlin sollen 10.000 Stellen gestrichen werden. Gebräucht werden aber eigentümlich massive Neueinstellungen, um den Versorgungsanstreben im öffentlichen Dienst besser oder überhaupt gerecht zu werden. Irgendwo ist nämlich mal Schluss mit der Arbeitelastze.

Es kann z.B. nicht sein, daß die Kirtagsfestlichkeiten wegen der Streichungen nur noch bis 14.00 Uhr geöffnet sein sollen, womit alleinstehenden Müttern das Recht auf Arbeit vor vornherein verweigert wird. Dagegen wurden die Parlamentsdialen erhöht, der Neubau des Berliner Schlosses ist geplant, das Lenin-Denkmal wird abgerissen (Kostepunkt: mehr als 100.000 DM), obwohl keiner - außer dem Senat - dies mit Nachdruck gefordert hat. Dafür hat man also Geld. Und falls Geld fehlt, muß man eben an die immensen Profite der Unternehmer ran, die durch die Vereinigung noch gesteigert wurden.

Für den 2. Dezember hat die ÖTV in Berlin eine zentrale Großdemo gegen die Kürzungspolitik des Senats ange-

Noch vor der dritten und letzten Kohlerunde erklärte IGBE-Chef Berger das Aus für Sophia Jacoba sei endgültig. Der Betriebsrat von Sj schloß sich dieser Haltung an. Es ging jetzt um einen Stilllegungstermin zu einem möglichst späten Zeitpunkt. Aber was soll ein Bergmann (das Durchschnittsalter beträgt heute 33 Jahre) machen, wenn er mit 40 oder 45 Jahren arbeitslos wird?

IGBE- und SPD-Führung hätte von Anfang an einen entschlossenen Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze führen müssen. Dazu hätte auch eine Aufklärungskampagne gegen die

Behauptungen von Wirtschaftsminister Möllemann gehört. Warum haben IGBE-Chef Berger, warum haben Johannes Rau und Oskar Lafontaine nicht ihre Stellung genutzt, um öffentlich zu erklären, daß mit dem Kohlepfenrig nicht die Bergleute, sondern billiger Strom für die Industrie finanziert wird, daß in Zukunft noch mehr Kohle importiert werden soll, daß die Subventionen an die lebensgefährliche Atomindustrie weiterfließen? SPD und Gewerkschaften müssen

Koalition in Berlin stellen sich offen auf die Seite des Kapitals. Nur in Situationen, wo es kein zurück mehr gab, die Arbeiter in den Betrieben z.B. beim vierstündigen Warnstreik bei den Berliner Verkehrs-Betrieben sich auf Beschwichtigungen nicht mehr eingelassen haben, kann die Gewerkschaft nicht umhin, sich hinter die Kollegen zu stellen. Die SPD- und Gewerkschaftsführer kämpfen nicht konsequent für eine Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter, sondern eher für ihre eigenen Positionen und Privilegien.

Wie sonst können Tarifabschlüsse mit nur 60% Westlohn und Nichtanerkennung der Dienstjahre zustande? Erst als dieser Betrug offensichtlich wurde, mußten sie etwas unternehmen.

So kann das natürlich nicht auf Dauer weitergehen, sonst ziehen wir immer die Kürzungen. Viele Kollegen haben jetzt schon ihren Austritt erklärt und der Gewerkschaft den Rücken gekehrt. Das ist nicht die Lösung. Nicht die Arbeiter müssen gehen, sondern abgehobene Bürokraten und Kartisten: funktionäre müssen der Basis verpflichtet und jederzeit abwählbar sein. Zeigt ihnen, wo's langgeht, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen!

Nur eine einheitliche und entschlossene Arbeiterbewegung mit einer kämpferischen Führung kann soziale Angriffe abwehren und letztendlich unsere Interessen durchsetzen.

Stefan Zarfi, Berlin
Jungesozialist und ÖTV-Mitglied



leisten können.

Der Kampf um die Arbeitsplätze im Bergbau wird weitergehen. Ein Teil dieses Kampfes muß darin bestehen, IGBE und SPD wieder in kämpferische Organisationen der Arbeiterklasse umzubauen. Die Führung hat sich weit von der Basis entfernt. Wenn jeder Funktionär in SPD und der Gewerkschaft nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdient, dann könnte man bestimmt wieder unterscheiden, ob ein Gewerkschaftsvorsitzender oder ein Vertreter der Wirtschaft spricht. Das war in der jüngsten Runde um die Zukunft der Arbeitsplätze im Bergbau leider nicht immer der Fall.

Georg Kühnmei, Aachen
Jungesozialist

Hoesch-Arbeiter kampfbereit

20.000 Stahlarbeiter der Hoesch AG nahmen an einer Betriebsversammlung in Dortmund anläßlich der geplanten Übernahme des Konzerns durch Krupp teil. Als Folge der Übernahme droht der Abbau von 10.000 Arbeitsplätzen und weiteren 30.000 Arbeitsplätzen in der Region.

Mißtrauen gibt es nach wie vor gegen die SPD-Landesregierung, die im Verdacht steht, den Deal mit eingedregelt zu haben (siehe Bericht in VORAN NR. 135). Ein Hoesch-Vertrauensmann dazu: „Genosse Rau, wenn diese Landesregierung es zuläßt, daß Hoesch-Arbeiter in Not geraten, dann muß ich mich schämen,

daß ich 30 Jahre lang dieser Partei die Treue gehalten habe.“ Selbst der Präsident der Dortmund der Industrie- und Handelskammer, Jaeger, sieht die Fusion inzwischen als kritisch an: „Gegen die Landesregierung braue sich in Dortmund „so etwas wie Volksworn zusammen“. Die Stimmung auf der Betriebsversammlung zeigte die Kampfbereitschaft der Stahlkocher. Falls die Übernahme durchgezogen werde, so der Betriebsrat Jochem Walbersdorf, dann „werden die 52.000 Hoesch-Mitarbeiter über die B1 marschieren, und dann stellen wir uns den Herren auf der Villa Hügel (Krupp-Firmensitz, die Red.) mal persönlich vor“.

Daimler Benz Eine Lektion in Marktwirtschaft

Die Logik der Marktwirtschaft anschaulich darzustellen ist das Verdienst zweiter Artikel auf der Wirtschaftsseite der Süddeutschen Zeitung vom 26.10.91.

Der erste Artikel beschäftigt sich mit der Schließung des Werks von AEG Olympia in Wilhelmshaven. AEG Olympia gehört zu Daimler-Benz. Der andere Artikel beschreibt die Konzernstrategie und die erwarteten Gewinne des Daimler-Konzerns.

Zitat aus dem ersten Artikel: „Bereits zuvor hatte in Frankfurt der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Edzard Reuter, deutliche Worte zum Thema Olympia gesprochen. Prinzipiell geht an der Schließung kein Weg vorbei“, sagte der oberste Konzernherr der AEG. „Und weiterhin: „Für die 2700 Beschäftigten in Wilhelmshaven werde es auf jeden Fall sehr weit hart.“

Zitat aus dem zweiten Artikel: „Mit vorzichtigem Worten hat Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Stuttgart, eine Dividendenhöhung für 1991 angekündigt.“ Und: „Die Schwachstelle AEG AG könne man bald abhaken.“ Weiter: „Das Unternehmen werde zwar 1991 mit einem nicht uninteressanten Gewinn abschließen, könnte aber 1992 und 1993 in eine schwierige Periode kommen, wenn der Jäger 90 nicht gebaut wird. Vernünftiger gerechnet, koste dieser „nur“ 20

bis 30 Mill. DM je Stück Reuter geht davon aus, daß dieses Flugzeug doch gebaut wird. Der russische Jäger MIG 31 sei keine Alternative, weil er nur 10% der Missionsaufgabe des Jäger 90 erfüllen könne.“ Nebenbei wird erwähnt, die Autos der neuen S-Klasse von Mercedes werden sich mit dem erwarteten Erfolg verkaufen (Stückpreis von 100.000 bis 200.000 DM, je nach Ausstattung).

Falsch an den Ausführungen von Edzard Reuter ist nur die Behauptung, die russische MIG 31 könne 10% der Missionsaufgaben des Jäger 90 erfüllen. Die MIG 31 kann die Missionsaufgabe des Jäger 90 auch nicht zu 1% erfüllen. Missionsaufgabe des Jäger 90 ist ja dafür zu sorgen, daß der Gewinn bei Daimler auch 1992 und 1993 „nicht uninteressant“ wird. An einem russischen Militärjet kann Daimler nichts verdienen.

Fassen wir den Inhalt der beiden Artikel zusammen: Bei AEG Olympia müssen Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren, und der Jäger 90 muß gebaut werden, damit die Aktionäre bei Daimler für dieses Jahr eine Dividendenhöhung und auch in den nächsten beiden Jahren interessante Geldbeträge in Empfang nehmen dürfen. Einen Teil dieser Beträge investieren sie dann in den Kauf eines Mercedes Benz der S-Klasse. So schön ist Marktwirtschaft.

AEG stellt Olympia-Produktion ein

Teilverkauf von Marke und Vertrieb / Großer Personalabbau
Frankfurt (Elbinger Bericht) - Mit vorzichtigem Worten hat Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Stuttgart, eine Dividendenankündigung für 1991 angekündigt. Die bessere Ertragslage der Jäger 90 wird als Grund für die Dividendenankündigung angegeben. Die bessere Ertragslage der Jäger 90 wird als Grund für die Dividendenankündigung angegeben.

Daimler deutet höhere Dividende an
Gewinn beim Airbus / Aerospace wird umstrukturiert
Frankfurt (Elbinger Bericht) - Mit vorzichtigem Worten hat Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Stuttgart, eine Dividendenankündigung für 1991 angekündigt. Die bessere Ertragslage der Jäger 90 wird als Grund für die Dividendenankündigung angegeben.

VORAN

Inhalt
Mieterkampf statt Mieterhöhungen
Seite 2
Stoppt die Kürzungen im öffentlichen Dienst
Seite 11

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschafter

Nr. 136 - Dezember 1991

1.-DM - Solidaritätspreis: 2.- DM

Gegen Wohnungsnot und Mietwucher Wohnen ist Menschenrecht

Nach welchen Gesetzen die „soziale Marktwirtschaft“ funktioniert, bekommen die Menschen der ehemaligen DDR besonders gut auf dem Wohnungsmarkt vorgeführt. Denn daß es nicht um das Recht auf menschenwürdigen Wohnraum, sondern vor allem um Geld geht, mußten sie im Schnellkurs lernen.

Im Oktober wurden die Mieten um fast 300% erhöht. Das bedeutet für viele, daß 20-30% des ohnehin schon niedrigen Monatseinkommens für die Miete ausgegeben werden müssen. Tausende sind trotz Wohnung zu erheblichen Einsparungen in ihrem Haushalt gezwungen. Doch eine größere Protestbewegung blieb aus. Viele Menschen hoffen, daß es mit der Mietersteigerung auch zu einer Verbesserung der Wohnqualität kommen würde. Die meisten Wohnungen in der ehemaligen DDR sind aufgrund der stalinistischen Mißwirtschaft dringend sanierungsbedürftig. Allein in Ostberlin sind tausende Wohnungen unbewohnbar, es besteht außerdem der Verdacht, daß über 100.000 Wohnungen asbestversencht sind. Doch bisher hat sich hinsichtlich der Wohnungsmodernisierung kaum etwas getan. Stattdessen kündigten der Verband der Hausvermieter und einige Politiker weitere Mieterhöhungen für das nächste Jahr an. Dann hätten die Mieten mindestens Westniveau, während die Löhne und Gehälter meistens weniger als 60% der Westlöhne betragen - bei gleichzeitig rapide steigenden Lebenshaltungskosten.

Verteilte Wohnungspolitik des Berliner Senats

Die Folgen sind jetzt schon voraussehbar. Für eine steigende Anzahl von Menschen wäre eine Wohnung unbezahlbar. Schon jetzt wird die Zahl der Obdachlosen in Berlin auf rund 20.000 geschätzt. Aus den traditionellen und für Mietspekulanten äußerst lukrativen Arbeitervierteln im Stadtzentrum werden immer mehr Bewohner durch die nach oben schnellenden Mieten in die Außenbezirke gedrängt. Die Wohnungspolitik des CDU/SPD-Senats wird die Situation noch weiter zuspitzen. So wurden im letzten Jahr in Westberlin nur 4921 Wohnungen, im ersten Halbjahr 1991 sogar nur 1577 Wohnungen gebaut. Auch sei kein Geld da, um die etwa 20.000 leerstehenden Wohnungen im Ostteil zu sanieren. Gleichzeitig aber wird der Potsdamer Platz an Dänemark

Benz zum halben Preis verscherbelt, Millionen für Prestigeobjekte wie Olympia 2000 ausgegeben. Für wen hier eigentlich Politik gemacht wird, zeigt auch die Äußerung des Bausektors Nagel (SPD): „Unsere Stadt kann im Wohnungsbau alle Hauptstadt-Anforderungen erfüllen.“ (Berliner Zeitung 14.11.91) Das heißt im Klartext, daß für gut verdienende Regierungsbeamte und Abgeordnete mit Bundes-

über 1000 leerstehende alte Diplomatenvohnungen, die für die Bonner Regierung freigehalten werden sollen. Eine massive Widerstandsbewegung der Mieter kann die Wohnungspolitik der Kohl-Regierung und des Senats stoppen. Dafür ist es notwendig, daß wir in der SPD dafür kämpfen, daß sie mit den Gewerkschaften und dem Mieterverein diese Bewegung organisiert. Die SPD muß dazu sofort die Zu-

lässen. Gründen leerstehenden Wohnungen und Vermittlung an Wohnungssuchende, Legalisierung aller Einstellungen leerstehender Häuser unter Wohnungen.
- Verbot von Maklern, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung.
- Keine weitere Privatisierung von Wohnraum! Enteignung von Spekulanten und Überführung der Wohnung in kommunales Eigentum.



Wohnmüdigkeit für ALLE

tagsdien sofort der Bau von 36.000 bis 50.000 Wohnungen in bester Wohnlage möglich wäre! So gibt es schon jetzt allein im Ostberliner Stadtteil Pankow trotz 400 dringender Wohnungsanträge

sammenarbeit mit der CDU beenden und einen radikalen Kurswechsel vollziehen. Wir fordern:
- Sofortiger Mietpreisstopp! Keine weiteren Mieterhöhungen und keine Aufhebung der Mietpreisbindung! Kontrolle durch Gewerkschaften und Mieterbund, um sicherzustellen, daß die letzten Mieterhöhungen wirklich für die Wohnungssanierung verwendet werden und nicht als Gewinne in die Taschen der Hauseigentümer fließen!
- Beschlagnahme aller aus spekula-

- Ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm und Sanierungsprogramm ausgearbeitet und umgesetzt durch demokratisch gewähltes Verwaltungsgremium, bestehend aus je zwei wählbaren Vertretern der Mieter, Gewerkschaften und des Senats, für alle Preiswerten und anständige Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Diese Vertreter dürfen nicht mehr einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen!
Anja Zander, Berlin, Jungsozialist

Berliner Obdachlose werden aktiv

„Wer sind wir? - Die erste Berliner Obdachlosenfeste. Was wollen wir? - Wohnen! Warum? - Um wieder ein menschenwürdiges Leben zu führen.“ Am Dienstag, dem 5. November 1991, besetzten ca. 130 wohnungslose Menschen 140 Container in der Friedrichstraße, Berlin-Mitte. Diese Container dienen seit 1985 Bauarbeitern als Umkleide- und Pausenräume und stehen seit langer Zeit leer.

Die „1. Berliner Obdachlosenfeste“, die unter anderem vom Caritas-Verband, dem Verein „Obdachlose unter Druck“ und der Wärmestube „Die Butze“ unterstützt wird, schließt in ihrem Flugblatt: „Wir müssen uns wehren, wir haben Befugnisse und Kräfte, wir wollen daraus was machen. Wenn wir in den Containern wohnen können, haben wir die Chance, den Winter zu überleben.“ Außer der Öffnung der ungenutzten Wohn-

macht werden. Obdachlose dürfen nicht weiter für ihre soziale Situation verantwortlich gemacht werden. Sie sind weder „faul“ noch „romantische Clochards“, nur besonders betroffen von sozialer Not. Obdachlose sind als soziale Randgruppe auch verstärkt von Gewalt betroffen. Vor einigen Wochen wurde ein älterer Obdachloser an Stuttgarter Platz mit Benzin überschüttet und verbrannt. Auch das ist Realität in Deutschland, genau wie die Feststellung: „Wenn nichts geschieht, müssen wir bei einem harten Winter mit Toten rechnen.“

Die Anwohner am Hegeplatz unterstützen die Offensive durch warme Kleidung, Mätrazen und Würstchen. Am 18.11.91 wurden die Obdachlosen umgesiedelt, wohnen weiß nicht.

Kerstin Wallbach, Kreisvorsstandsmitglied der Jungsozialisten

Der deutsche Mietenspiegel

